23. Jahrgang. Freitag, 1. April. Abend-Ausgabe.

Danziger Zeitung.

№ 12719. Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ketterhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M, durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen. 1881.

Telegramme der Danziger Zeitung.

J. **Berlin, 1. April.** Der bekannte Antisemitenführer Dr. Förster in Charlottenburg ist von zwei antisemitischen Studenten, Rohland und von Schramm, in seiner Wohnung überfallen und mit Stöcken mißhandelt worden, so daß er das Bett hüten muß. Er war mit v. Schramm in Streit gerathen und hatte die Satisfaction verweigert. Einer der Attentäter war bis vor Kurzem Redactionsmitglied des antisemitischen Blattes „Wahrheit“.

London, 1. April. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses antwortete Harcourt auf mehrere Anfragen: Der revolutionäre Charakter des Artikels in der Most'schen „Freiheit“ sei allgemein anerkannt, es war unmöglich, die Sache zu ignoriren, es handelte sich nicht um ein Vergehen gegen ein fremdes Land, sondern um ein heimisches Verbrechen; es sei eine Verletzung der öffentlichen Moral, Mord gegen Jemanden zu predigen. Die Regierung würde ihre Pflicht verletzt haben, wenn sie gestattet hätte, das Asyl eines freien Staates als Propaganda für den Mord zu mißbrauchen; die Regierung sei aus eigenem Antriebe und nicht auf Veranlassung einer auswärtigen Macht vorgegangen (Beifall).

London, 1. April. „Daily News“ erfährt, daß die englische Regierung beschlossen habe, die internationale Münzconferenz nicht zu beschicken. — Die Staatseinkünfte Englands im abgelaufenen Quartal ergeben 750 000 Pfd. Sterl. mehr als im ersten Quartal 1880, die Jahreseinkünfte 84 041 288 Pfd. St. oder 2 776 233 Pfd. St. mehr als im Vorjahre. — Der communistische Arbeiterbildungsverein hat beschlossen, die „Freiheit“ weiter erscheinen zu lassen, hat ein neues Lokal gemiethet, neue Typen gekauft und einen neuen Redacteur, Namens Marten, engagirt.

Paris, 1. April. Die Deputirtenkammer bebilligte in ihrer gestrigen Sitzung 6 Mill. Frcs. für die Opfer des Staatsstreichs Napoleons vom 2. Dezember 1851.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Kopenhagen, 31. März. Die gegen die socialistische Zeitung „Herolden“ erhobene Anklage stützt sich außer auf Beleidigungen gegen den Kaiser von Rußland auch auf Beleidigungen, welche gegen den deutschen Kaiser gerichtet waren.

London, 31. März. Die gerichtliche Verhandlung gegen den Socialdemokraten Most ist nach der heute erfolgten Vernehmung der Zeugen und der Polizeibeamten auf acht Tage vertagt worden.

— Lord Beaconsfield hatte im Laufe des gestrigen Tages mehrere Paroxysmen; sein Befinden war am Abend nicht so gut als am Morgen, so daß der Arzt es für nöthig hielt, während der Nacht bei dem Kranken zu bleiben.

Nach einer Meldung aus Newcastle vom 30. d. hat sich der Präsident Krüger mit seiner Begleitung nach dem Transvaallande zurückbegeben. Man glaubt, daß General Wood im Laufe dieser Woche nach Pretoria gehen werde. — Aus Capetown vom 30. d. wird gemeldet, daß General Roberts dort eingetroffen sei und die Rückreise nach England angetreten habe.

Paris, 31. März. Die Hebung des Panzerschiffes „Richelieu“, welches am 29. Dezember v. J. in Folge eines Brandes im Hafen von Toulon gesunken war, ist heute mit vollständigem Erfolge von Statten gegangen.

Madrid, 31. März. Ein königliches Decret untersagt allen fremden Schiffen, vor stattgehabter gesundheitspolizeilicher Untersuchung in spanische Häfen einzulaufen, gestattet denselben aber, an der Küste vor Anker zu gehen. — Aus Sevilla wird das Steigen des Guadalquivir um 6 Meter gemeldet, ein Theil der städtischen Promenaden ist überschwemmt.

Petersburg, 30. März. Der Prinz von Wales hat heute Nachmittag die Rückreise nach England angetreten.

Politische Uebersicht.

Danzig, 1. April.

Von wem die Anregung zu der „Dynamit-Commission“ des Reichstages ausgegangen ist, erkennt man daraus, daß die Einladungen dazu von dem Grafen Theodor zu Stolberg auf Tülz ergangen sind und daß Graf Wilhelm Bismarck darin die weitgehendsten Anträge stellt. Derselbe will Alles dem Herrn Reichskanzler überlassen; der — meint Graf Wilhelm — wird schon wissen, was aus den Petersburger Verbrechen für politische Schlüsse zu ziehen sind. Sein Antrag ging dahin, den Reichskanzler zu ersuchen, diejenigen Maßregeln zu ergreifen, um zu verhüten, daß nicht wieder solche Verbrechen wie der jüngste Petersburger Mord erfolgen könnten. Die Einladung war nur wegen der Frage der Sprenggeschosse erfolgt, über diese wurde gar nicht berathen; man sprach nur vom Asylrecht. Es gelangte nur der Antrag Windthorst zur Annahme, weil dieser und seine Freunde erklärten, sie würden nur für diesen und für keinen andern Antrag stimmen. Damit hat sich das Centrum mit einem Schlage als die führende Partei des Reichstages legitimirt, ohne weiter an der Freude der Nationalliberalen über die angebliche Auflösung des Centrums Anstoß zu nehmen. Zu der vom Centrum geführten Majorität gehörten gestern sämmtliche Conservativen einschließlich der Freiconservativen. Der Antrag Windthorst, welcher wohl heute schon im Reichstage eingebracht werden wird, lautet:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf eine Vereinbarung mit den Regierungen anderer Staaten hinzuwirken, wodurch jeder solcher Vereinbarung beitretende Staat sich verpflichtet, a) den Mord oder den Versuch des Mordes, welche an dem Staatsoberhaupt eines der vertragschließenden Staaten verübt worden sind; b) die zwischen Mehreren getroffenen Verabredungen des unter a bezeichneten Verbrechens, auch wenn es zum Beginnen dieses Verbrechens nicht gekommen ist; c) die öffentliche Aufforderung zu dem sub a bezeichneten Verbrechen sowohl gegen seine eigenen Angehörigen, als auch gegen die in seinem Gebiete sich aufhaltenden Fremden mit Strafe zu bedrohen. Ausländer, welche das unter a bezeichnete Verbrechen begangen haben, auf Ansuchen der Regierung des Heimatsgebietes an letzteres auszuliefern.“

Wie Herr Stumm in der gestrigen Reichstagssitzung zu der frohen Hoffnung kam, daß auf dem Wege, den die „Dynamit-Commission“ eingeschlagen hat, die Vertreibung sämmtlicher socialdemokratischen Führer aus Deutschland möglich werden würde, ist uns nicht recht verständlich.

Uebrigens ist es ein starkes Stück, wenn die Herren in jener Commission sich den Anschein geben, daß für den Kaisermord in Rußland in erster Linie das Asylrecht, — d. h. die Gesetzgebung der freien Staaten, denn diese allein gewähren Asyl — verantwortlich zu machen sei. Wo sind denn die durch das ganze Land organisirten, durch alle Klassen der Bevölkerung sich ziehenden Verschwörungen, die von Zeit zu Zeit seit Jahren Mord und Gewaltthaten ausüben? In einem der Staaten des Asylrechtes? Nein, in Rußland, wo es kein Asylrecht giebt. In keiner Hauptstadt der Asylstaaten wäre es möglich, daß, wie in Petersburg, unter den Augen der Polizei geheime Druckereien revolutionärer Zeitungen und geheime Dynamitfabriken förmlich floriren. Wünschen die Herren von der „Dynamit“-Commission daher wirklich das Brutnest der Meuchelmörder ausgehoben, so müssen sie ihre freundliche Vorsorge für die Gesetzgebung der europäischen Staaten nicht nach Westen, sondern vor allen Dingen nach Osten hin richten.

Mit großer Spannung sieht man der heute beginnenden ersten Berathung des Unfallversicherungs-Gesetzes entgegen. Zufällig trifft der Beginn der Berathung mit dem Geburtstag des Reichskanzlers zusammen, dem die „Post“ heute einen Artikel widmet, der in der That zu den wunderbarsten Blüthen der Journalistik zählt, die wir bisher kennen gelernt haben. Daß die „Post“ schon im vorigen Jahre meinte, Fürst Bismarck sei im Zenith der moralischen Macht seiner Stellung angelangt, ist noch begreiflich; daß aber die Ermordung Alexanders II. in ihren Folgen auf die auswärtige Politik „aufs Neue die unübertreffliche Sicherheit und Umsicht in der Staatskunst des deutschen Kanzlers erkennen läßt“, wird vielleicht auch Anderen räthselhaft bleiben. Mit der Zollpolitik findet die „Post“ sich etwas kühler ab. Eine Rettung, meint sie, sei etwas Anderes als die Erhebung in's Paradies. Was die Socialpolitik betrifft, so hält auch die „Post“ die Rede des Reichskanzlers vom 28. d. M., den Hinweis auf die allgemeine Invaliden- und Arbeiterversicherung, nicht gerade für einen glücklichen Schachzug, ja sie geht so weit, dem Reichskanzler seine Offenheit vorzuwerfen. Viele würden durch die Größe des Zweckes eher entmuthigt als angefeuert. Die „Post“ gehört natürlich nicht zu diesen Schwachmüthigen, sie bekennt ihre Bewunderung und Sympathie. „Namentlich der Gedanke einer centralen Armenpflege neben der lokalen ist aus dem unumgänglichsten Bedürfniß der modernen Gesellschaft geschöpft und entwindet dem fantastischen und revolutionären Socialismus die vielleicht am meisten berechtigte seiner Forderungen.“

Wie die Socialdemokraten diese Concurrenz auffassen, zeigt die triumphirende Bemerkung Bebel's in der gestrigen Sitzung, für die Prinzipien der Socialdemokratie spreche der Umstand, daß die Regierung, wenn sie positiv vorgehen will, sich Waffen aus dem Arsenal der Socialdemokratie holen müsse.

Offiziös wird heute halb und halb zugegeben, daß die Regierung bei der ersten Lesung der Steuervorlagen im Reichstage eine Niederlage erlitten habe; aber es wird hinzugefügt, man sei darauf gefaßt gewesen, man habe auf Seiten der Regierung gar nicht auf einen Sieg, und am wenigsten sogleich in der ersten Berathung gerechnet; was man beabsichtige, daß sei, alle Hauptparteien zu veranlassen, daß sie entschieden Stellung zu den Steuerfragen nehmen, daß sie entweder, wie alle entschieden Liberalen, die Parole: „Keine neuen Steuern“ zu der ihrigen machen oder sich für den Erlaß — oder vielmehr die vorläufige „Außerhebungsetzung“ — der untersten Klassensteuerstufen und für die „Erleichterung der Gemeindelasten“ erklären wollen. Wer diese Ziele wolle, aber die vorgeschlagenen Mittel nicht als die geeigneten betrachte, der habe die Verpflichtung, andere, bessere Mittel, d. h. andere neue oder zu erhöhende Steuern anzugeben. Diejenigen Parteien, welche die neuen Steuern ablehnen und keine anderen Steuern vorschlagen, werden als „auf dem Niveau der Fortschrittspartei stehend“ bezeichnet, es wird ihnen gedroht, daß sie vom Reichskanzler als zur „unbedingten Opposition“ gehörend betrachtet und „bei den Wahlen mit allen Mitteln bekämpft werden“ würden. Alle kleinen Mittel, welche ein Ausweichen ermöglichen sollten, würden sich darnach als vergeblich erweisen, und wir würden dies begrüßen, weil es die Situation klären muß.

Offiziös wird heute geschrieben: „Die in verschiedenen Zeitungen gemachten Angaben über die bisherigen Resultate der Verhandlungen zwischen der deutschen und österreich-ungarischen Regierung entbehren der Zuverlässigkeit oder sind mindestens sehr verfrüht. Nach unserer Information lassen sich noch durchaus keine Angaben machen, da noch keine Momente vorliegen, welche zu positiven Angaben berechtigen. Der Jubel ist also zu früh gewesen.

Unsere conservativen Parteien werden durch die neuesten Nachrichten aus Petersburg am unangenehmsten überrascht sein. Alle Warnungen an die Adresse Alexanders III., doch nur ja nicht constitutionelle Wege einzuschlagen, sind vergeblich gewesen. Der zeitweilige Rath, welcher zunächst eine von der Petersburger Bevölkerung gewählte Vertretung sein wird, soll nicht nur ein Gutachten, sondern eine auf Majoritätsbeschluß beruhende Competenz besitzen, welche nur durch die vorbehaltene Sanction des Kaisers beschränkt ist. Eine große Lücke läßt der Ukas nur insofern, als er die Angelegenheiten, über welche eine Beschlußfassung stattfinden soll, nicht im Voraus feststellt. Der interessanteste Punkt in der Veröffentlichung ist der Schlußsatz, „diese Entscheidung sei ein Theil des für das ganze Reich in Aussicht genommenen Planes, dessen Entwurf der verstorbene Kaiser bereits unterzeichnet hatte.“ Wir sind gespannt, das Urtheil des „Reichsboten“, der „Kreuzztg.“ u. s. w. über diesen entscheidenden Schritt Alexanders III. kennen zu lernen.

Das Vorgehen der englischen Regierung gegen die Most'sche „Freiheit“, indem sie die Gesetze des Landes gegen ein in England begangenes Verbrechen in Anwendung bringt, hat allseitige Zustimmung im Parlament gefunden.

Das Befinden Lord Beaconsfields giebt zu großen Besorgnissen Veranlassung. Das Haupt der conservativen Partei hat im Dezember v. J. sein 75. Lebensjahr vollendet.

Ueber die Capitulation von Potchefstrom liegen folgende weitere Meldungen vor. General Wood telegraphirte am 28. d. von Newcastle an den Colonialsecretär: „Winsloe übergab Potchefstrom am 21. d. ehe meine Maulesel-Wagen, die Mount Prospect am 7. verließen, die Entfernung von 200 Meilen zurückgelegt hatten. Die Bedingungen der Capitulation sind: Abzug der Garnison mit allen kriegerischen Ehren, Rückerstattung von Privatwaffen und Eigenthum. Die Kanonen und Gewehre werden ausgeliefert, aber die Munition für beide werden Hrn. Brand zur Aufbewahrung während des Krieges übergeben, worauf dieselbe uns zurückerstattet wird. Die Garnison soll während der Dauer der gegenwärtigen Feindseligkeiten passiv bleiben. Die Garnison marschirt jetzt über Kronstadt nach Sabal. Kraft meiner Uebereinkunft mit den Boeren werde ich beanspruchen, daß alles Regierungseigenthum ausgeliefert wird.“

Die „Agence Russe“ theilt bezüglich des durch den gestrigen kaiserlichen Ukas eingesetzten zeitweiligen Raths der Hauptstadt noch mit: Der Rath, welcher bekanntlich aus gewählten Mitgliedern der ganzen Bevölkerung der Residenz hervorgehen und dem Stadthauptmann zur Seite stehen solle, werde über jede Maßregel nach Majorität zu beschließen haben, welche der Stadthauptmann zur Vorlage bringe. Eine solche durch Majorität beschlossene Maßregel werde zur Ausführung gelangen, nachdem sie die Sanction des Kaisers erhalten hätte. Vorgeschlagene Maßregeln, welche nicht die Majorität des Raths erhielten, würden nicht ausgeführt werden. Jeder Hausbesitzer und selbstständige Miether im eigenen Namen solle Wähler und wählbar sein. Dieser Ukas sei ein Theil des für das ganze Reich in Aussicht genommenen Planes, dessen Entwurf der verstorbene Kaiser bereits unterzeichnet hatte. — Nach einer Bekanntmachung des Stadthauptmanns sollten die Wahlen für den Rath bereits gestern Nachmittag stattfinden.

Reichstag.

26. Sitzung vom 31. März.

Die Berathung der Denkschrift über die Anordnungen der preußischen und hamburgischen Regierungen auf Grund des § 28 des Socialistengesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Wolffson: Ich bin mit den Herren Auer und Genossen der Meinung, daß das, was auf Seite 11 der Entschließungen steht, nicht ganz zutreffend ist. Es heißt dort: „Es ist durch wiederholte gerichtliche Entscheidung festgestellt, daß seitens des hiesigen Polizeipräsidiums eie Sammlung von Beiträgen, welche nur zur Unterstützung solcher Personen bestimmt sind, denen in Ausführung des § 28 des erwähnten Gesetzes der Ernährer entzogen worden ist, von einem Verbot nicht betroffen werden.“ Die maßgebende Rechtsprechung entspricht dem nicht. Als maßgebende Rechtsprechung ist das Reichsgericht zu betrachten und nach diesem stellt sich die Sache so: § 16 giebt der Polizeibehörde, und zwar unter Controle der Aufsichtsbehörde das Recht, Sammlungen zu verbieten. Es war das aber nicht so zu verstehen, daß die Polizeibehörde das Recht hätte, im Allgemeinen zu sagen: Sammlungen dieser Art sind verboten. Wenn das die Absicht des Gesetzgebers wäre, hätte er es im Gesetze selbst thun müssen und nicht nöthig gehabt, es der Polizeibehörde zu überlassen. Es ist vielmehr die Aufgabe der Polizeibehörde, die einzelnen Sammlungen, die ins Leben treten, ins Auge zu fassen und individuell bezeichnete Sammlungen zu verbieten, wenn sie dem Gesetz widersprechen, gerade so wie die Polizeibehörde nicht sagen kann: ich mache bekannt, daß socialistische Bücher und socialistische Versammlungen verboten sind. Es läßt sich nur ein bestimmtes Buch, eine bestimmte Versammlung verbieten. Das ist der eine Theil des Ausspruchs des Reichsgerichts. In Folge dessen hat das Reichsgericht gesagt: so allgemein gehaltene Verbote, die nicht eine individuell bestimmte Sammlung, sondern ganze Kategorien von Sammlungen untersagen, sind rechtlich wirkungslos. Die zweite Frage ist nun: wenn wirklich eine solche Sammlung bezeichnet wird als eine, welche nach § 16 verboten werden muß, dann entzieht es sich der richterlichen Cognition, ob diese Anwendung Seitens der Polizeibehörde richtig ist oder nicht. Unter dem Schutze des Gesetzes resp. des Richters steht also nichts Anderes, als die Frage, ob ein erlassenes Verbot in seiner Form den Bestimmungen des Gesetzes conform ist; ob es auch in seinem Inhalt dem Gedanken des Gesetzes entspricht, steht ausschließlich im Ermessen der Polizei- und Aufsichtsbehörde, deren Aufgabe es daher ist, darauf zu achten, daß Verbote im Widerspruch mit dem Grundgedanken des Gesetzes nicht erlassen werden. Die Polizeibehörde ist z. B. nicht verhindert, auch eine Sammlung unter der Firma „Sammlung für die Angehörigen der Ausgewiesenen“ verbieten zu können, wenn sie zu der Ueberzeugung gelangt, daß diese Sammlung nicht diesem Zwecke, sondern socialistischen Zwecken dient, und wenn ein solches Verbot in der vom Gesetz vorgeschriebenen Form eingetreten ist, so hat die richterliche Behörde zu verurtheilen. Diese Bekanntmachung der hamburgischen Polizeibehörde leidet nun zunächst an dem Mangel, daß sie ein allgemeines Verbot enthält. Sie ist also der Form nach incorrect und würde meiner Ueberzeugung nach, wenn ein Streitfall einmal bis zur letzten Instanz getrieben würde, nicht zu einer Bestrafung derjenigen führen, die etwa diesem Verbot widersprechen. Aber auch inhaltlich ist die Sache nicht richtig, weil sie die Angehörigen trifft. Wäre dieser Zweck der Sammlung nachweislich nur vorgeschützt, so könnte die Polizeibehörde interveniren; aber an sich ist das Gesetz ihm nicht entgegen. Der Hamburger Bürgerausschuß, hat am 14. d. M. mehrere Tage vor dem Bekanntwerden dieser Bemerkungen der Herren Auer und Genossen bereits den Gegenstand in Erwägung gezogen und dem Senat gegenüber eine Ansicht dahin ausgesprochen, daß er diese Verordnung nicht für correct hält und hat den Senat ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die Bekanntmachung der Polizeibehörde vom 28. Februar 1881 fördersamst wieder aufgehoben werde. Ich habe den Grund u hoffen, daß die Sache in unserer Mitte ihre vernünftige Erledigung findet.

Hamb. Bundesbevollm. Versmann: Zunächst will ich die Richtigkeit der vom Abg. Wolffson mitgetheilten Thatsachen bestätigen. Dieselben culminiren darin, daß es sich bis jetzt um eine noch gar nicht ausgetragene Sache handelt, die noch der Entscheidung der Aufsichtsbehörde unterliegt. Der Senat hat Montag beschlossen, den Beschluß des Reichstages und Bundesraths abzuwarten. Ich glaube, loyaler kann man eine solche Angelegenheit nicht erledigen. Hr. Auer hat den „Hamb. Correspondenten“ das Organ des Senats genannt; das ist unrichtig. Der „Hamb. Corresp.“ ist eine völlig unabhängige Zeitung. Hr. Auer hat ferner gesagt, daß in der „Gerichtszeitung“, wenn ich recht unterrichtet bin, einem Blatt der socialdemokratischen Partei, Artikel über die Freihafenstellung von einem „hochgestellten conservativen Beamten“ erschienen sind. Es würde mir außerordentlich interessant sein, den Namen dieses hochgestellten conservativen Beamten zu erfahren. Zufällig bin ich in der Lage, die ganze Sache aufklären zu können. Die Artikel, die in dieser Zeitung erschienen sind, blieben in den Kreisen, die der Frage von Amts wegen näher stehen, wie ich z. B., vollständig unbekannt, weil das Organ in diesen Kreisen nicht gelesen wird. Plötzlich erschien eine Broschüre, in der diese sämmtlichen Artikel gesammelt sind, und machte in der That Aufsehen durch die außerordentliche Sachkenntniß, durch eine wirklich recht bedeutende historische und allgemein merkantilische und nationalöconomische Auffassung der ganzen Frage, so daß Manche, die dieser Frage näher standen, sich einander stillschweigend die Frage vorlegten: Hast du das geschrieben? Dieser Umstand machte es mir gerade interessant, den Verfasser kennen zu lernen, weil es mir werthvoll war, einen Mann, der diese Frage so sachlich, so gründlich, ruhig, leidenschaftslos und vielseitig zu behandeln vermochte, kennen zu lernen. Ich habe dann mit aller Umsicht Erkundigungen einziehen lassen und habe mit derjenigen Sicherheit, die man in solchen Fragen erreichen kann, die Auskunft erhalten, daß der damals soeben verstorbene Führer der Socialdemokraten, ein gewisser Buchhändler Geib, der Verfasser dieser Aufsätze gewesen sei, die nach seinem Tode in dieser Broschüre veröffentlicht wurden. Sollte dies nicht richtig sein, so würde es mir sehr angenehm sein, diesen hochgestellten conservativen Beamten kennen zu lernen.

Abg. Payer: Der Bericht hat durch den Staatsminister v Puttkamer eine Ergänzung erhalten, welche zu einer gründlichen Kritik auffordert. Zunächst erscheint es mir vom juristischen Standpunkt aus mindestens zweifelhaft, ob die von ihm angeführten Thatsachen, welche erst nach dem Inkrafttreten des Socialistengesetzes zu Tage getreten sind, zur Motivirung des Gesetzes überhaupt dienen können. Eine moralische Bedeutung haben jene Thatsachen, deren Richtigkeit vorausgesetzt, allerdings insofern, als die Regierungen sagen könnten, wir sind doch auf dem richtigen Wege gewesen, als wir jene Maßregeln vorschlugen. Jedenfalls erfordert es die Billigkeit, erst abzuwarten, was die angegriffenen Personen zu ihrer Vertheidigung vorbringen werden. Möge dieselbe aber ausfallen wie sie wolle, so können doch die von dem Staatsminister angeführten Thatsachen zur Begründung der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Hamburg und Altona nicht dienen. Wenn der Minister auf die Reden oder Artikel Most's und Hasselmann's hingewiesen und die Socialdemokraten dafür verantwortlich gemacht hat, so hat er diese Verantwortlichkeit schon selbst dadurch abgeschwächt, daß er jene Kundgebungen als Producte mehr oder weniger verrückter Leute hingestellt hat. Daß die Mehrzahl der Socialdemokraten Anhänger dieser Richtung seien, muß ich so lange mit Fug bezweifeln, als nicht ein Beweis dafür erbracht ist. Den Satz, daß der Energische den weniger Energischen schließlich unterbekommt, muß ich in seiner Allgemeinheit bestreiten und für bedenklich halten. Es ist auch noch gar kein Beweis von Energie, wenn sich Jemand außer Schußweite begiebt und dort den Mund recht weit aufreißt und Tyrannenmord und alles Mögliche predigt. (Zustimmung links.) Wäre aber jener Satz richtig, dann wären wohl alle Bestrebungen, die mit dem Socialistengesetz eingeleitet wurden und überhaupt alle mäßigen Bestrebungen von vorn herein vergeblich. Wenn man wirklich nur die Lärmtrommel zu rühren brauchte, um Anhänger auf allen Flanken zu haben und alle Anderen zu überwinden, wie würde dann die Zusammensetzung dieses Hauses beschaffen sein; ist denn nicht die Lärmtrommel von jener Seite seit mehr als 10 Jahren energisch genug gerührt worden? Das Resultat aber, das nach den Aussagen des Ministers dabei hätte herauskommen müssen, ist glücklicherweise bis zur Stunde noch nicht herausgekommen. Die über die Gruppe Most-Hasselmann mitgetheilten Thatsachen haben deshalb keine andere Bedeutung, als daß der Minister die

Pflicht hat, dafür zu sorgen, daß derartige literarische Producte nicht in's Volk dringen. Dazu bedürfen wir aber nicht des § 28 des Socialistengesetzes, dafür haben wir die gemeinrechtlichen Bestimmungen dieses Ausnahmegesetzes, welche die Verbreitung derartiger Schriften verbietet und unter Strafe stellt. Ich habe im Gegensatz zu den neulichen Aeußerungen des Reichskanzlers zu dem deutschen Richterstande das Vertrauen, daß er gegen etwaige Excesse einschreiten wird. Uebrigens hat das Verbot des Imports derartiger verbrecherischer Producte bisher keinen Erfolg gehabt, denn der Bericht enthält bezüglich der Stadt Berlin die Klage, daß die Verbreitung verbotener Druckschriften 1880 erheblich zugenommen habe, nachdem 2 Jahre lang dieses Ausnahmegesetz in Berlin geherrscht hatte. Ist dies aber der Fall, wie will man dann in Hamburg durch Einführung des kleinen Belagerungszustandes diesem Import Einhalt thun? Ebenso unberechtigt ist der Schluß, daß jedes Mitglied der gemäßigten socialdemokratischen Partei, weil der „Züricher Socialdemokrat" offizielles Parteiorgan geworden ist, für jeden Artikel dieses Blattes haften soll. Haben wir ja doch schon oft die Erfahrung gemacht, daß hier in Berlin Personen die von ihnen beeinflußten und protegirten Blätter desavouirt haben. Um wie viel mehr wird das vorkommen müssen, wenn die Redaction so weit entfernt liegt. Ob man aber aus den vom Minister angeführten Thatsachen den Schluß ziehen kann, daß die deutsche Socialdemokratie eine Sympathie für die Revolutionen ganz Europas und die ganze Welt hat, daß sie auf den Umsturz speculirt will ich dahingestellt sein lassen. Wäre aber der Schluß berechtigt, so wäre er gewiß keine neue Entdeckung, denn das Socialistengesetz ist ja eben auf die Annahme gestützt, daß die Socialdemokraten eine Umsturzpartei seien. Zur Motivirung des § 28 des Socialistengesetzes können jene Thatsachen deshalb nicht dienen, weil derselbe ganz andere Voraussetzungen hat. Der Wortlaut des Paragraphen sagt ganz klar, daß diese Bestimmungen nur dann getroffen werden können, wenn einzelne Ortschaften oder deren Umgebungen durch die Bestrebungen der Socialdemokratie mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht seien. Der Minister hat kein Wort darüber gesagt, daß im Oktober 1880 in Hamburg, Altona und Umgebung ein Zustand eingetreten sei, welcher der öffentlichen Sicherheit Gefahr gedroht habe. Wenn aber der Minister die Ausdehnung dieser Maßregel auf noch andere Ortschaften in Aussicht gestellt hat, so kann ich mir dies nur dadurch erklären, daß er den § 28 anders interpretirt als ich es gethan. Sein Gedankengang ist folgender: wir haben es jetzt mit den gewöhnlichen Bestimmungen dieses Gesetzes probirt, es ist uns nicht gelungen, die Bewegung zu unterdrücken, wir haben sie nur zurückdämmen können, damit können wir uns aber nicht begnügen und so wenden wir jetzt den § 28 an. Logischer wäre es, wenn die verbündeten Regierungen vor den Reichstag treten und sagen würden: wir kommen mit diesem Gesetz nicht aus, dasselbe muß geändert und erweitert werden. Nun, es käme auf eins mehr oder weniger in der Aera der Ausnahmegesetze ja schließlich auch nicht an. Man hat sich zum Beweise dessen, daß der öffentliche Friede Hamburgs gefährdet sei, auf die Wahl des Abg. Hartmann berufen. Man hat aus derselben entnommen, daß die socialdemokratische Bewegung in Hamburg eine gefährliche Macht und Bedeutung erreicht habe. Mit dieser Wahl hat es noch eine andere Bewandtniß. Es sind damals etwa 13 000 Stimmen auf den Abg. Hartmann abgegeben worden; die Socialdemokratie hat sich natürlich diese 13 000 Stimmen in ihrem Buche gut geschrieben und wie es scheint, haben auch die verbündeten Regierungen diese 13 000 Stimmen der Socialdemokratie zu Lasten gebucht. Diese 13 000 Stimmen gehören durchaus nicht alle den Socialdemokraten. Die Wahl fand in dem Momente statt, wo das erste Mal die kühnen Bestrebungen des Reichskanzlers auf Cassation der handelspolitischen Vorrechtsstellung Hamburgs zu Gunsten des Reichs auftauchten. Wir alle erinnern uns noch recht wohl, welchen Eindruck diese Bestrebungen in der bedrohten Stadt damals machten, und man darf mit Recht fragen, ob diese große Anzahl von Stimmen, welche auf den socialdemokratischen Abgeordneten gefallen sind, sich nicht zu einer großen Anzahl aus den Stimmen derjenigen rekrutirt, welche damals einfach einen Protest haben abgeben wollen und die eine andere Form und einen anderen drastischen Ausdruck für ihre Gefühle nicht finden konnten, als durch die Wahl eines Mannes, von dem sie voraussetzen durften, daß er den verbündeten Regierungen nicht angenehm sein würde. Aus diesem Factum kann also die Anwendbarkeit des § 28 nicht nachgewiesen werden. Ein juristischer richterlicher Beweis für die Voraussetzungen dieses Paragraphen ist ebensowenig erbracht worden. Nicht ohne Grund hat man demselben eine vorsichtige Fassung gegeben, indem sie die Anwendbarkeit des Paragraphen von dem Kriterium der Gefährdung der öffentlichen Ordnung abhängig machte. Wenn aber der Minister trotzdem die Ausdehnung dieser Maßregel auch auf andere Bezirke in Aussicht stellt, so ist das keine Perspective, der ein Freund der Freiheit, ein Freund des Reichs ohne Besorgniß und Kummer entgegensehen kann. Gerade derjenige, der ein Freund der wahren bürgerlichen Freiheit und deshalb ein Gegner der socialdemokratischen Bestrebungen ist, ist in einem solchen Falle verpflichtet, die Bitte und die Warnung auszusprechen, daß in Zukunft doch bei Handhabung eines so zweischneidigen Messers man so vorsichtig als möglich sein möchte. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Minister **Maybach**: Der Abg. v. Kardorff hat die Angelegenheit des „Neunkirchener Tageblatts" von Neuem berührt. Die Frage, ob die Behörden, welche mit den Betriebsanstalten betraut sind, Recht gehandelt, indem sie das Verbot zurückgezogen haben, nachdem die Landespolizeibehörde erklärt hatte, es liege kein Vergehen gegen das Socialistengesetz vor, gehört sie streng genommen in den preußischen Landtag, wo ich Gelegenheit hatte, den Standpunkt der Regierung zu rechtfertigen. Gegen diese Rechtfertigung ist auch von keiner Seite Widerspruch eingelegt worden. Der Standpunkt der Regierung ist nun der, daß, wenn die zuständige Landespolizeibehörde nicht eingeschritten ist auf Grund des Gesetzes von 1878, die Verkehrs- und Betriebsbehörden des Staates nicht berechtigt sind, sich an deren Stelle zu setzen und Verbote auszusprechen, zu denen die Landespolizeibehörde sich nicht veranlaßt gesehen hat. (Sehr richtig.) Ich vindicire den Verkehrs- und Betriebsbehörden des Staates das Recht, die Ordnung streng zu handhaben, eine strenge Disciplin zu führen; aber nicht das Recht, statt die Landespolizeibehörde zu unterstützen, sich an ihre Stelle zu setzen. Es hätte das den Erfolg, daß wir die Betheiligten eines Rechtsmittels, welches ihnen nach dem Gesetze von 1878 zusteht, berauben würden, und das dürfen wir nicht. Gerade in dem strengen Festhalten am Gesetze liegt die Stärke der Regierung, und wenn wir gegen diese verderblichen Bestrebungen mit Erfolg ankämpfen wollen, dann dürfen wir uns von diesem Boden nicht entfernen. Hr. v. Kardorff hat befürchtet, daß ein Zusammengehen mit den privaten Arbeitgebern für die Zukunft nicht mehr möglich sein werde. Ich habe diese Besorgniß nicht. Wenn Hr. v. Kardorff in der Einnahme dieses Standpunktes einen Act „unerhörter Schwäche" sieht, dann acceptire ich diesen Vorwurf gern. An dem Beifall des Hrn. v. Kardorff würde mir in diesem Falle nichts gelegen sein; ich bin nicht beifallbedürftig. Der Satz „Thue Recht und scheue Niemand" ist wahrlich der meinige.

Abg. **Stumm**: Ich acceptire es vollkommen, daß der Minister nach seiner besten Ueberzeugung gehandelt hat; ich beneide ihn aber nicht wegen der Verantwortlichkeit für die Zustände, die aus jener Ueberzeugung für einen Landestheil, der bis jetzt die ruhigste und zufriedenste Arbeiterbevölkerung hat, entstehen können. Meines Erachtens wird diese Auffassung des Ministers der Ausbreitung der Socialdemokratie mehr Vorschub leisten, als sie durch dieses Gesetz gehindert wird. Ich habe mich gleich nach dem erfolgten Verbot des „Neunkirchener Tageblatts", in einer Audienz bei dem Minister der Zustimmung desselben zu unserem Vorgehen versichert. Der Minister stellte sich damals auf den Standpunkt, den er auch gegenüber dem Abgeordnetenhause verantworten zu können glaubte, daß es sich hier um eine rein lokale Angelegenheit handle, deren Verantwortlichkeit zunächst die dortige Betriebsbehörde, die sein volles Vertrauen besitze, zu tragen habe, daß er nach dem Vorgange von 1877 annehmen dürfe, daß die Herren nicht weiter als nöthig gehen würden. Sechs Wochen darauf hat der Minister einen anderen Standpunkt vertreten und drei Monate darauf hat er sogar die Verhältnisse entschieden anders beurtheilt. Nun noch zwei persönliche Bemerkungen. Zunächst hat der Abg. Bamberger erklärt, mein Standpunkt in Arbeiterfragen setze sich zusammen aus Staatssocialismus auf der einen und Manchesterdoctrin auf der anderen Seite. Was den Staatssocialismus anlangt, so werde ich Gelegenheit haben, morgen oder übermorgen zu zeigen, daß ich vielleicht nicht so ganz staatssocialistisch denke, wie Bamberger meint. Mit Entschiedenheit weise ich aber den Standpunkt von mir, daß ich sagte: Ich habe das Geld, der Mann, der bei mir dient, muß sich dem Gelde unterwerfen, wenn er mir nicht paßt, so jage ich ihn fort. Es ist gerade umgekehrt; es ist der Standpunkt, den Herr Lasker vorführt, es ist der Standpunkt der sittlichen Pflicht, auf dem ich stehe; und ich kann Sie versichern, daß nur der Standpunkt der sittlichen Pflicht es mir möglich macht so scharfe Maßregeln zu ergreifen, wie es hier nothwendig war, und daß es wahrhaftig kein Vergnügen macht. Das reine Geldinteresse würde uns nie in derartige Geschichten geführt haben (Abgeordneter Kayser: Na, na!), die persönlich stets unangenehme Consequenzen haben. Was zweitens meine „Ausschließung aus der ganzen gebildeten Welt" betrifft, so möge man sich über die Stimmung in der Saarbrücker Gegend orientiren, und man wird finden, daß dort die gesammte gebildete und anständige Welt die Bestrebungen des „Tageblatt" und seiner Helfershelfer verurtheilt. Dem Unterschied zwischen einer gemäßigten und nicht gemäßigten socialdemokratischen Partei ist durch die gestrige Rede des Ministers jeder Boden entzogen. Ich für meinen Theil beziehe Alles, was ich von Most und Hasselmann gehört habe, auf die ganze socialdemokratische Partei. (Widerspruch. — Unruhe.) Wenn man die Stirn hat, den Meuchelmord und den Krieg auf eine Stufe zu stellen, so darf man sich nicht wundern, wenn hier die Consequenzen gezogen werden. Ich kann es nur bedauern, daß es überhaupt möglich ist, in diesem Hause eine derartige Sprache zu führen, und daß wir heute noch die Ehre haben, die Herren als Collegen anerkennen zu müssen. (Unruhe.) Ich hoffe, daß auch diesem Uebelstande noch wird abgeholfen werden können. (Unruhe. Zurufe.) Allerdings wird es meiner Ansicht nach nicht genügen, die Socialdemokratie in Deutschland zu unterdrücken; man wird auch darnach streben müssen ihre Schlupfwinkel außerhalb Deutschland aufzuheben, und ich hoffe, daß die Vorbesprechungen, welche auf diesem Gebiet stattgefunden haben, in der nächsten Zeit zu einem wirksamen Resultate führen werden. (Beifall rechts.)

Minister **Maybach**: Was den Vorwurf betrifft, ich hätte meinen Standpunkt geändert, so appellire ich an das Gedächtniß des Vorredners. Er hatte in der Audienz Anfang November mir mitgetheilt, welche Differenzen mit dem „Neunkirchener Tageblatt" entstanden seien, von denen ich bisher nichts gewußt hatte. Ich erwiderte Herrn Stumm, das seien Fragen, über welche die Lokalbehörden am besten entscheiden würden, und ich hätte keinen Anlaß, mich in die Dinge zu mischen, so lange ich nicht amtlich angerufen worden. Hinterher kam eine Beschwerde an die Regierung über das inzwischen ausgesprochene Verbot des „Neunkirchener Tageblatts", die nach vorschriftsmäßiger Prüfung und im Einvernehmen mit dem zuständigen Minister in dem schon erwähnten Sinne entschieden worden ist. Hätte ich diese Sachlage gleich zu Anfang gekannt, so würde ich Herrn Stumm schon damals meine definitive Ansicht mitgetheilt haben.

Abg. **Bebel** bestreitet zunächst die Auslegung des Ministers v. Puttkamer über das Recht zu Sammlungen. Der Minister hat ferner behauptet, der ausgewiesene Graßnick habe verbotene Flugschriften und socialdemokratische Tendenzen verbreitet. Das Letztere läßt sich greifbar überhaupt nicht nachweisen; daß Graßnick aber verbotene Flugschriften verbreitet habe, bestreite ich, wenigstens ist er niemals dieses Vergehens wegen angeklagt und verurtheilt worden. Wenn der Minister sich darauf beruft, daß in dem Fall Matthäi der Polizeicommissar Engel seine Angaben auf den Diensteid genommen hat, so möchte ich doch daran erinnern, welchen Werth der Reichstag selbst bei Erörterung der Justizgesetze auf den Diensteid gelegt hat. Der Vorgänger des Hrn. Engel, ein gewisser Weiß, hat eine ganze Reihe von Bestrafungen wegen politischer Vergehen dadurch herbeigeführt, daß er die gravirenden Angaben auf seinen Diensteid nahm; jetzt lebt der Mensch als verlumptes Subject in Berlin, nachdem er wegen betrügerischer Manipulationen aus seinem Amte entlassen worden ist. Daß der in Altona bestehende „Allg. deutsche Arbeiterverein", obwohl er selbst und sein Organ entschieden socialistische Tendenzen verfolgt, dennoch stillschweigend geduldet wird, weil er für die Zollpolitik und die Socialpolitik des Reichskanzlers eintritt und den Zollanschluß Hamburgs predigt, ist eine Thatsache, ebenso wie die Unterdrückung der „Gerichtszeitung", welche die Aufrechterhaltung der Freihafenstellung vertheidigte. Diese Vorgänge, sowie der Umstand, daß man in Hamburg selbst allgemein die Unzulänglichkeit der Gründe für den kleinen Belagerungszustand anerkennt, sprechen mit Sicherheit dafür, daß von Preußen aus ein erheblicher Druck in diesem Sinne ausgeübt worden ist. Dieser Annahme ist auch von Seiten des Hamburgischen Vertreters durchaus nicht widersprochen. Ueber den von Auer angeführten Fall, daß ein Polizeiagent Oskar Neumann selbst die Verbreitung der Most'schen „Freiheit" gefördert habe, um die Arbeiter zu verführen, hat der Minister kein Wort zu sagen gewußt. Ueber die Stellung unserer Partei zu Most und Hasselmann hat sich mein Fractionsgenosse gestern schon vollkommen unzweideutig ausgesprochen, indem er jede Gemeinschaft unsererseits mit denselben ablehnte. Wenn der Minister selbst Most als einen halbverrückten Menschen charakterisirte, wie kann er dann ein solches Gewicht auf die Aeußerungen der „Freiheit" legen. Für seine Behauptung, daß diese Partei Most-Hasselmann in Deutschland zahlreiche Anhänger zähle, hat er absolut keine Thatsache beibringen können. Der Zweck seiner Ausführungen ist, wie er selbst angiebt, durch die Fortdauer des kleinen Belagerungszustandes schärfere Maßregeln zur Unterdrückung der socialdemokratischen Presse anwenden zu können. Nun giebt aber die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes den Polizeibehörden durchaus kein Recht, in Bezug auf die Presse, welches sie nicht vermöge des Socialistengesetzes an sich schon besitzen. Die Folge jener Argumentation würde auch sein, daß nicht blos auf Leipzig und alle größeren Städte, sondern überhaupt auf alle Gegenden, wohin Preßerzeugnisse gelangen können, der kleine Belagerungszustand ausgedehnt werde. Was die Berufung auf Hasselmann betrifft, so beweist dieselbe gar nichts. Hasselmann ist ein ganz feiger Bursche, der es liebt, große Brandreden à la Marat zu halten, wenn er weiß, daß er sicher ist, sich aber zurückzieht, wenn es gilt, im Interesse der Partei seine Ansichten vor Gericht zu vertreten. Dies war gerade der Grund, weshalb wir ihn aus der Partei ausgestoßen haben. Wenn er jetzt in Amerika die unflätigsten Redensarten führt, wie ich selbst anerkenne, so kann man uns dafür doch nicht die Verantwortlichkeit aufbürden. Sicherlich kommt er von dort nicht zurück und wenn man ihm jetzt die ganz unverdiente Ehre anthut, einen Hochverrathsprozeß gegen ihn einzuleiten, so wird ihn dies in seinem neuen Aufenthalte nur populär machen. Ob Preußen hieran ein Interesse hat, weiß ich nicht. Der Minister hat unserer Partei vorgeworfen, sie sei revolutionär, international und atheistisch. Ich bestreite dies keineswegs und habe selbst bereits früher im Reichstage hier offen erklärt, wir erstreben auf politischem Gebiete die Republik, auf ökonomischem den Socialismus, auf kirchlichem den Atheismus. Revolutionär ist unsere Partei ihrer ganzen Natur nach, aber revolutionär in dem Sinne, daß wir unserer Gesellschaftsordnung eine ganz neue Grundlage zu geben versuchen. Es ist durchaus nicht nothwendig, daß die Herbeiführung dieses Zieles eine gewaltsame sei. Im Gegentheil, wir wünschen den Weg der Reform, den Weg der Gesetzgebung, und Sie selbst sind es, welche die Schuld tragen, wenn dieser Weg verlassen wird. Wir haben uns bemüht, durch eine Reihe von Anträgen in unserm Sinne die Gesetzgebung zu reformiren, die Anträge sind sämmtlich als unannehmbar zurückgewiesen worden. Dieser Umstand und der Erlaß des Socialistengesetzes hat freilich in vielen Parteigenossen die Ueberzeugung erweckt, daß jede Möglichkeit eines gesetzlichen Vorgehens abgeschnitten sei. (Hört! rechts.) Sie haben uns aller staatsbürgerlichen Rechte beraubt, Sie haben uns die Preßfreiheit, die Vereinsfreiheit, die Wahlfreiheit entzogen, und die persönliche Freiheit in einer Weise verkümmert, welche unsere ganze Existenz gefährdet. Die beständige polizeiliche Controle, unter der wir stehen, gefährdet selbst unsere geschäftlichen Beziehungen. So hat man mich auf einer Geschäftsreise in Frankfurt a. M. und Wiesbaden auf Schritt und Tritt polizeilich verfolgt, und als es mir eines Tages gelungen war, die Wachsamkeit meines Aufsehers zu täuschen, fand ich am nächsten Morgen sämmtliche Ausgänge des Hotels mit Polizeiagenten besetzt. Dieselben gingen sogar zu meinen Kunden, welche ich geschäftlich besuchte, um sich zu erkundigen, in welchen Beziehungen sie zu dem gefährlichen Socialdemokraten ständen. Sie können sich selbst denken, daß ein solcher Mann, welcher Aufträge von Staats- und Communalbeamten auszuführen hat, in Folge solcher Erkundigungen diese Geschäftsverbindung so schnell als möglich abzubrechen sucht. Wenn man sieht, welche Menge von Polizeimannschaften zu diesem Zweck aufgewendet wird, sollte man wirklich glauben, die Polizei habe gar nichts Anderes zu thun. In Gera sitzen eines Tages einige Bekannte von mir beim Bier zusammen. Plötzlich treten 16 Polizeibeamte unter Führung eines Wachtmeisters ins Zimmer, um alles zu visitiren; dabei hat Gera überhaupt nur im Ganzen 18 Polizeibeamte. (Große Heiterkeit.) Auch den Vorwurf des Atheismus, welchen man unserer Partei gemacht hat, erkenne ich vollkommen als begründet an und übernehme die Verantwortung dafür. Trotz dieser sind wir sehr weit entfernt, auf irgend Jemand in kirchlicher Beziehung Zwang auszuüben. Als in der Partei der Antrag gestellt wurde, in Consequenz der Parteistellung aus der Kirche auszutreten, fand derselbe nur eine verschwindend geringe Unterstützung. Und wie kann man uns für den Atheismus verantwortlich machen. Haben wir ihn erfunden oder zuerst wissenschaftlich begründet? Ein Standesgenosse des Hrn. Ministers ist es gewesen, der Baron Holbach, der durch sein systême de la nature, ebenso wie La Mettrie für die Ausbreitung des Atheismus hauptsächlich thätig gewesen ist. Auch Friedrich II. hatte atheistische Neigungen, ebenso Joseph II. Bis auf die altgriechische Philosophie läßt sich die Geschichte des Atheismus zurückführen, und einen Geisteskampf, der 2000 Jahre alt ist, will ein Minister, der vergessen ist, sobald er seinen Posten verläßt, mit Polizeimaßregeln unterdrücken? Eine solche Waffe wird zersplittern wie Glas am Granit. Man hat ferner gegen uns eine Reihe von Artikeln aus dem Züricher „Socialdemokrat" geltend gemacht. Wenn wir dieses Blatt auch als unser Organ anerkennen, so können wir doch nicht die Verantwortlichkeit für jeden Artikel übernehmen. Jene citirten Artikel waren Privatäußerungen, und wenn der Minister loyal verfahren wollte, so hätte er nicht verschweigen dürfen, daß unmittelbar darauf mehrere andere von Auer unterzeichnete Artikel erschienen sind, welche die vorhergehenden bekämpften. Was ferner das Petersburger Attentat betrifft, so bestreite ich für meine Person die Richtigkeit der Ausführungen, welche der „Socialdemokrat" daran geknüpft hat, durchaus nicht (Hört! rechts), jedoch nur mit Rücksicht darauf, daß jene ganz exceptionellen Verhältnisse ein solches Vorgehen natürlich erscheinen lassen. Und ist es denn der „Socialdemokrat" allein gewesen, der sich in solcher Weise über das Attentat ausgesprochen hat? Ein deutsch-conservatives Blatt, der „Bairische Landbote", schreibt: Dies ist das Ende eines Tyrannen, sein Loos war ein selbstverschuldetes. Ganz ähnlich und zum Theil noch schärfer sprechen sich ultramontane Blätter wie das „Münchener Vaterland" und das „Mainzer Journal" aus. Ich gebe dies namentlich Hrn. Windthorst und jenen Herren zu bedenken, welche jetzt die sog. Dynamitcommission bilden. (Heiterkeit.) Ich finde auch gar nichts Ueberraschendes darin. Fanatische Vertreter der Kirche haben von jeher ihren Gegnern gegenüber vor keinem Mittel zurückgescheut. Ich erinnere Sie an die Ermordung Heinrich III. durch einen gläubigen Mönch. (Ruf aus dem Centrum: er war nicht gläubig!) Ja, das kann ich nicht beurtheilen, ich bin ja Atheist. (Heiterkeit.) Und wer weiß nicht, daß Clemens IV. wegen der Aufhebung des Jesuitenordens gleichfalls eines unnatürlichen Todes gestorben sein soll. Nicht die Socialisten sind es gewesen, die den Königsmord gepredigt haben. An der Spitze derer, welche Paul III. ermordeten, stand ein Hr. v. Bennigsen (Heiterkeit). Auch die Attentäter dieses Jahrhunderts sind fast ausschließlich aus den besitzenden Klassen hervorgegangen. Man hat uns zwar Hödel und Nobiling an die Rockschöße hängen wollen, aber auch heute weigert man sich, die Protokolle vorzulegen, die das beweisen sollen. Denken Sie an die Attentate auf Friedrich Wilhelm IV. und an das Attentat, das 1866 auf den Fürsten Bismarck ausgeübt wurde. Blind war doch wahrhaftig kein Socialist. Man spricht immer so viel von dem Abscheu, den jedes derartige Ereigniß in der gesammten gebildeten Bevölkerung hervorrufen müsse. Zur Charakteristik dieser Behauptung möchte ich daran erinnern, daß nach jenem Attentat in Süddeutschland allgemein ein Bild verkauft wurde, auf welchem in der einen Ecke Blind, mit einem Revolver zielend, und in der anderen Fürst Bismarck abgebildet war. Zwischen beiden Personen war der Teufel mit Schweif und Pferdefuß dargestellt, wie er mit der einen Hand die abgeschossene Kugel auffängt, mit der andern eine abwehrende Bewegung macht, und darunter stand: Halt, den kriegst Du nicht, der gehört mir. (Große Heiterkeit.) Ich mache noch darauf aufmerksam, daß Alles, was wir Socialdemokraten jetzt sagen und schreiben, dem nicht das Wasser reicht, was einst Männer wie Freiligrath, v. Sallet und der jetzige Hr. Hofrath v. Gottschall geschrieben haben. Feiert nicht Schiller in seinem Tell den Tyrannenmord? Wird nicht auf unseren Gymnasien beim Studium der alten Geschichte die Befreiung des Landes von seinem Tyrannen als eine edle That hingestellt? Die sämmtlichen Ausführungen des Ministers gingen gestern darauf hinaus, daß wir uns unmittelbar vor einem Abgrund befänden, oder wenigstens Sie, denn wir Socialdemokraten gehören ja nicht dazu. Ja, wenn das wahr wäre, dann nützte ja Ihr ganzes Socialistengesetz gar nichts. Was nützt es denn bis jetzt? Sie haben unsere Presse damit unterdrückt. In England, Frankreich und Amerika erscheint eine Presse, die zum Theil noch Schlimmeres schreibt als das hier gestern Verlesene, und kein Hahn kräht dort danach. Und zu welchen Widersinnigkeiten führt dieses Socialistengesetz bezüglich der Presse! Jede Zeitung, die auch nur den harmlosesten Satz aus einem socialdemokratischen Blatte citirt, wird verfolgt, ist doch selbst unser brave College Dernburg auf diese Weise dem Socialistengesetze verfallen. Die Brandreden einer Louise Michel aber und die nihilistischen Mordproclamationen dürfen ungestraft in deutschen Blättern producirt werden. Der Hr. v. Puttkamer hat gestern behauptet, die Anhängerschaft Most's unter den Arbeitern sei größer als die unsrige; ich nehme an, daß er diese Behauptung im guten Glauben ausgesprochen hat; es ist ihm so mitgetheilt worden, vielleicht von Hr. v. Madai, der zu solchen Erkundigungen die meisten Organe und das meiste Geld zur Verfügung hat. Die Angabe ist aber vollständig falsch. Most predigt die politischen Abstinenz, er erklärt die Wahlen zum Reichstag einfach für Unsinn. Ein Maßstab für die Anhängerschaft einer Partei ist doch die Verbreitung ihres Organs; nun war ich im Dezember in London und hielt einen Vortrag in einer Versammlung, der zahlreiche Anhänger Most's beiwohnten; dieselben gaben in der Discussion zu, daß die „Freiheit" nur noch 300 Abonnenten hat. Was kann eine solche Partei wirken? Dagegen wurde gestern gesagt, unser Organ der „Socialdemokrat", werde mit infernalischer Kunst in Tausenden von Exemplaren über die Grenze gebracht. Das ist wahr; beweist es nicht daß wir die stärkere Partei sind. Die Art und Weise, wie das Gesetz gegen uns gehandhabt wird, macht es uns und dem Minister unmöglich, einen genauen Ueberblick über die Stimmung in den Kreisen der Arbeiter zu gewinnen, aber das wissen wir, daß von der allgemeinen Zersetzung der Parteien die Socialdemokratie frei geblieben ist. Der beste Beweis für unsere Sache ist es doch auch, daß die Herren bei dem ersten Schritt zu den sogenannten positiven Maßregeln, der Arbeiterunfallversicherung, ihre Waffen aus unserem Arsenal entnehmen und wenigstens die socialistische Phrase sich aneignen. Beweist das nicht, daß die socialistischen Ideen im Fortschreiten sind? Der Minister sprach gestern die Hoffnung aus, es werde gelingen, den Bruder Arbeiter zur Regierung herüber zu ziehen; er möge es abwarten, mich würde es freuen, einmal einen Arbeiter mit dem Bruder Puttkamer Arm in Arm zu sehen. Die versteckte Drohung, den Belagerungszustand auch auf Leipzig auszudehnen, verfehlt ihre Wirkung auf uns. Wir haben bisher für die Partei gelitten und werden weiter für sie leiden. Wenn Sie unsere Existenz vernichten, wenn Sie uns von Weib und Kind trennen wollen, thun Sie es, die Folgen fallen auf Ihr Haupt.

Abg. **v. Schlieckmann**: Wir müssen dem Vorredner danken, daß er offen heute zugestanden hat, seine Partei sei eine revolutionäre und nehme nur aus Rücksicht auf die augenblicklichen Verhältnisse von den äußersten Mitteln Abstand. Von dem „Bairischen Landesboten" höre ich heute zum ersten Mal, ich constatire aber, daß es ein grober Irrthum ist, dieses Blatt für ein Organ der deutsch-conservativen Partei zu halten. Ich hoffe, der heutige Tag bestärkt die Anhänger des Socialistengesetzes in ihrer Ueberzeugung von der Berechtigung desselben, und zeigt den Gegnern, daß ihr Widerstand kein richtiger war; die nothwendige Verlängerung des Gesetzes wird dann mit um so größerer Majorität erfolgen. (Beifall rechts.)

Abg. **Bamberger** (persönlich): Ich bin kein Freund von schönen Worten und will von meinen Anschauungen über Pflichtgefühl nicht reden, aber der Unterschied in der Auffassung zwischen mir und dem Hrn. Stumm liegt nicht in der Schätzung dessen, was die Pflicht gebietet, sondern die Grenzlinie liegt da, wo ich dem Recht die Befugniß zuspreche, etwas zu erzwingen, und wo die Menschenpflicht beginnt. Das unterscheidet den socialistischen Staat von dem Rechtsstaate.

Die Denkschrift wird darauf durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt. Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die **Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Reichsbeamten der Civilverwaltung**. Die Commission, welche den Entwurf vorberathen hat und deren Referent Abg. Lingens ist, hat nur wenige Aenderungen vorgenommen.

Nach § 1 betrifft das Gesetz nur diejenigen Beamten, die aus der Reichskasse ihr Gehalt, Wartegeld oder Pension beziehen.

Abg. Boretius bemerkt, daß die Reichsbankbeamten nicht unter dieses Gesetz fallen; es wäre aber wünschenswerth, wenn auch die Pensionsverhältnisse dieser Beamten einer baldigen Regelung unterzogen würden.

Die einzelnen Paragraphen des Gesetzes werden fast sämmtlich ohne Debatte angenommen, darunter § 3, welcher die Beiträge der Beamten auf 3 Procent des Gehalts fixirt, und §§ 8 und 9, welche die Höhe der Wittwen- und Waisengelder festsetzen. § 12 enthält die Bestimmung, daß das Wittwengeld um ein Zwanzigstel für jedes Jahr gekürzt werden kann, wenn eine Wittwe mehr als 15 Jahre jünger als der verstorbene Beamte ist, und zwar für die Altersunterschiede von 15 bis 25 Jahre.

Abg. **Dreyer** beantragt, diesen Paragraph zu streichen oder eventuell statt 15 und 25, 20 resp. 30 zu sagen. Er motivirt dies damit, daß derartige Fälle selten vorkämen und jedenfalls nicht in der Absicht, die Reichskasse zu schädigen. Es sei doch nichts so Ungewöhnliches, daß ein Mann von 45 Jahren ein Mädchen von 25 Jahren heirathe; weshalb solle man in diesem Falle eine Strafe eintreten lassen?

Bundescommissar **Aschenborn**: Wenn ein Beamter erst in späteren Jahren eine bedeutend jüngere Frau heirathe, so bringe er ihr schon den Anspruch auf eine bedeutend höhere Pension mit, als ein Beamter in jüngeren Jahren. Es sei also keine so große Ungerechtigkeit, wenn man in diesem Falle einen kleinen Abzug mache; geschehe dies nicht, so würde man der Reichskasse eine größere Ausgabe auferlegen, weil die Wittwe eine längere wahrscheinliche Lebensdauer hat.

In demselben Sinne spricht sich der Abg. **Pfafferott** aus.

Das Haus genehmigt den § 12 unter Ablehnung der beiden Dreyer'schen Anträge; ebenso alle übrigen Paragraphen des Gesetzes.

Nächste Sitzung: **Freitag**.

Deutschland.

Berlin, 31. März. Die heutige Fortsetzung der Berathung über die Anwendung des **Socialistengesetzes** hat den Minister **von Puttkamer** nicht veranlaßt, seine gestrige Behauptung, daß Sammlungen für die Angehörigen ausgewiesener Socialdemokraten thatsächlich nicht beanstandet würden, weiter zu vertreten. Der Abg. **Wolffson**, wie der Hamburgische Bevollmächtigte Dr. **Versmann**, bestätigten lediglich die Angaben des Abg. **Auer**. Herr **v. Puttkamer** hat auch hier wieder gezeigt, daß er sich von seinem Vorgänger im Ministerium des Innern dadurch unterscheidet, daß er den Satz „allzu scharf macht schartig" nicht kennt. Die gestrige Bemerkung des Herrn v. Puttkamer, die preußische Regierung habe sich überzeugt, daß die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über die Stadt Leipzig nothwendig sei, wird in Dresden schwerlich überrascht haben. Von dieser Auffassung der preußischen Regierung hatte man dort schon im Herbst vorigen Jahres Kenntniß. Da aber die sächsische Regierung sich nicht veranlaßt sah, sich dieser Auffassung anzuschließen, so wurden die Zeitungen, welche von der Ansicht Preußens sprachen, mit den ausgesuchtesten offiziösen Dementis bedacht. Hr. v. Puttkamer hat gestern das Geheimniß ausgeplaudert, wohl in der Hoffnung, daß die sächsische Regierung in der Schandthat vom 13. März eine Veranlassung finden würde, ihre Ueberzeugung derjenigen der preußischen Regierung zu accommodiren.

Berlin, 31. März. Der Bericht der 9. Commission des **Reichstags** über den **Gesetzentwurf**, betreffend die **Besteuerung der Dienstwohnungen der Reichsbeamten**, dessen Abfassung fast 3 Wochen in Anspruch genommen hat, protestirt Namens der Majorität mit großem Eifer, als ob es sich in diesem Falle um ein Gesetz ad hoc oder ein Gesetz ad personam handele, was allerdings nicht ganz überflüssig ist. Auf die Argumente der Majorität aus der Minorität — die Annahme der Vorlage erfolgte mit 7 gegen 3 Stimmen (4 Mitglieder fehlten) — soll jetzt nicht eingegangen werden. Nur auf eine Unklarheit muß aufmerksam gemacht werden. Der Referent der Commission, Herr v. Puttkamer-Lübben, welcher den Antrag stellte, den § 1 des Entwurfs unter Erhöhung des Procentsatzes von 10 auf 15 Proc. anzunehmen, „um dadurch einmal das finanzielle Ergebniß für die Communen günstiger zu gestalten und andererseits das Verhältniß zu denjenigen Beamten, welche keine Dienstwohnungen inne hätten, in möglichst geringem Umfange zu alteriren. Dabei solle, sobald die Maximalgrenze Anwendung finde, von dem sonst für die Beamten geltenden Privilegium abgesehen werden und der Procentsatz nicht zur Hälfte, sondern mit dem **vollen Betrage** zum Ansatz gebracht werden, wie dies auch nach den vorjährigen Erklärungen des Vertreters der verbündeten Regierungen bei der Berathung des gleichen Gesetzentwurfs hinsichtlich des Satzes von 10 Proc. angenommen worden sei." Diese letztere Angabe ist zutreffend, aber da Hr. Hofmann inzwischen nach Straßburg ausgewandert ist, so genügt seine Autorität zur authentischen Interpretation dieses Gesetzes in keiner Weise, da die Motive auch der diesjährigen Vorlage sich über die wirkliche Absicht des Gesetzgebers ausschweigen. Soviel ist zweifellos: wenn die Vorlage in der von der Commission befürworteten Fassung Gesetz wird, so fehlt den Einschätzungsbeamten der Berliner Communalverwaltung jede Handhabe, die Miethssteuer von dem vollen Betrag des Miethswerthes bis zu 15 Proc. zu erheben, so lange die preußische Verordnung nicht aufgehoben wird, welche der Miethssteuer den Charakter der Einkommensteuer vindicirt und die Anwendbarkeit des

Beamtenprivilegiums anordnet. Räthselhaft bleibt ferner, weshalb erst, wenn die Maximalgrenze Anwendung findet, von dem Beamtenprivilegium abgesehen werden kann. Diese Auslegung bedarf erst recht einer formellen Anführung im Texte des Gesetzes.

* Wie bereits telegraphisch gemeldet ist, soll sich der zweite Sohn des Kronprinzen, Prinz Heinrich, geboren 14. August 1862, mit der Prinzessin Elisabeth von Hessen verloben wollen. Die Letztere ist am 13. Juni 1861 geboren.

* Die Ernennung des Directors im auswärtigen Amte von Philippsborn zum Gesandten in Kopenhagen wird nach dem 1. April erwartet, an welchem Tage der dem zeitigen Gesandten v. Magnus ertheilte Urlaub abläuft. Als Nachfolger des Herrn v. Philippsborn ist Geh. Rath Jordan in Aussicht genommen.

* Es sind folgende Personalveränderungen in der Armee zu verzeichnen: Zu Generallieutenants sind ernannt: Die Generalmajors: v. Unger, v. Thile, v. Klöden, Frhr. v. Meerscheidt-Hüllessem, v. Böhn, v. Lucadou, v. Nachtigall, v. Heyduck, v. d. Osten und Wiebe.

* Den Landrichter zum Sande in Hannover hat der Khedive an das internationale Gericht nach Alexandrien berufen.

* Der „Hannov. Cour." schreibt: Aus Braunschweig wird uns mitgetheilt, daß für den 25. April, das Regierungsjubiläum des Herzogs, auch von Seiten der hannoverschen Welfen eine demonstrative Betheiligung in Aussicht genommen war, diese aber vom Herzoge ganz entschieden abgelehnt ist. Der Herzog will sein Jubiläum nur mit seinen Braunschweigern feiern, und das ist auch diesen weitaus das Willkommenste.

* Die Commission des Reichstages zur Vorberathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben ist folgendermaßen zusammengesetzt: Wolffson, Vorsitzender, Pfafferott, Stellvertr. des Vorsitzenden, Witte (Mecklenburg), Schriftführer, v. Lerchenfeld, Stellvertr. des Schriftführers, v. Alten-Linden, v. Below, Büsing, Graf Droste zu Vischering, Feustel, v. Grand-Ry, Haanen, v. Knapp, v. Mirbach, Oechelhäuser, v. Schorlemer-Behr, Sonnemann, Stellter, Vowinckel, Weber, v. Wedell-Malchow, Wiggers (Parchim).

* Der Abg. Wehrenpfennig wird für den Wahlkreis Hersfeld-Rothenburg-Himfeld ein Mandat für den Reichstag nicht wieder annehmen. Im Wahlkreis Salzwedel wird beabsichtigt, den Abg. Dr. Kapp (Berlin) wiederum als Candidaten aufzustellen.

* Die Briefsperre in Dresden ist gegenüber 19 Personen wieder aufgehoben worden. Für die Expedition und Redaction der „Dresdn. Abendzeitung" bleibt dieselbe jedoch noch bestehen.

Schweiz.

Bern, 30. März. Die griechischen Studenten in Genf haben Befehl erhalten, zurückzukehren, um sich zur Armee zu stellen.

Belgien.

Brüssel, 29. März. Die Deputirtenkammer berieth heute über das Mittelschulwesen. Es handelt sich bei dem vom Unterrichtsminister vorgelegten Gesetzentwurf keineswegs um eine durchgreifende Umarbeitung des Gesetzes von 1850, sondern nur um eine Reihe von Aenderungen in Betreff der Zahl der Anstalten, der Heranziehung von Lehrkräften und der Mittelschulen für die weibliche Jugend. Der Vertreter von Thuin, A. de Chimay, bezeichnete als den Hauptmangel des bestehenden Gesetzes, daß der Staatsregierung zu wenig Raum gelassen sei; in jeder der neun Provinzen bestehe nur ein Athenäum, sonst liege das Mittelschulwesen ganz und gar in den Händen geistlicher Körperschaften; jetzt wolle der Minister die Zahl verdoppeln; richtiger aber sei es, nach Maßgabe der Bevölkerungszahl nicht 18, sondern 21 Athenäen einzurichten und 7 neue Colleges zu schaffen; denn wenn die Provinz Luxemburg mit 200 000 Seelen 2 Athenäen haben solle, werde die Provinz Hennegau mit 900 000 Seelen doch mindestens 4 beanspruchen dürfen.

England.

London, 30. März. Die Krankheit Lord Beaconsfield's hat ganz plötzlich eine ernste Wendung genommen. Gestern Vormittag hatte der Patient einen unbedeutenden Rückfall, fühlte jedoch gegen Mittag etwas Erleichterung, nahm einige Erfrischungen zu sich und schlief ein wenig. Nachmittags 3 Uhr fand zwischen dem Hausarzt Dr. Kidd und Dr. Quain eine Consultation statt, welche bis gegen 4 Uhr dauerte, worauf dieselben nachstehendes Bulletin ausgaben: „Lord Beaconsfield war während des Tages frei von Krampfanfällen und die Kräfte Sr. Herrlichkeit sind ungeschwächt." Dr. Kidd verbirgt keineswegs die Thatsache, daß beträchtliche Gefahr vorhanden sei, insbesondere wenn man das Alter Lord Beaconsfield's in Betracht ziehe. Gegen Abend befand sich Lord Beaconsfield etwas besser. Die beiden Aerzte hatten gegen 10 Uhr Abends abermals eine einstündige Consultation, worauf sie folgendes Bulletin ausgaben: „Lord Beaconsfield's Befinden ist heute Abend durch keine Krämpfe gestört worden. Se. Herrlichkeit leidet weniger und ist im Stande, Nahrung zu sich zu nehmen." Dieses Bulletin wurde der Königin übermittelt, die sich während des Tages mehrere Male nach dem Befinden des Patienten erkundigen ließ. — Die Königin gab vorgestern im Buckingham-Palast ein Diner, welchem außer den Mitgliedern der königlichen Familie die Botschafter der Türkei, Italiens, Oesterreichs, Frankreichs und Lord Granville anwohnten. Gestern Nachmittag fand im Buckingham-Palast ein Drawing-room statt, bei welchem die Damen, in Folge des Ablebens des Kaisers von Rußland, größtentheils in Trauer-Toiletten erschienen. Der Königin wurden etwa 150 Damen der courfähigen Welt vorgestellt.

Rußland.

* Laut einer in Warschau eingetroffenen Petersburger Nachricht hat Graf Melikoff bei dem Empfange der Warschauer Deputation geäußert, trotz der jüngsten in ausländischen und inländischen Blättern enthaltenen Verleumdungen sei der Kaiser von der Loyalität der Polen und der Gesammtbevölkerung Congreß-Polens überzeugt. Der Graf versicherte, der Zar werde die Deputation huldvoll empfangen.

(Fortsetzung der Politik in der Beilage.)

Danzig, 1. April.

* [Telegraphisches Wetter-Prognostikon der deutschen Seewarte für Sonnabend, 2. April.] Meist heiteres trockenes Wetter mit schwacher Luftbewegung. Nachtfrost; sonst etwas wärmer.

* Wir glauben heute in der Lage zu sein, die bisherigen Berichte über den diesmal so glücklich verlaufenen Eisgang und Hochwasser-Verhältnisse der Weichsel abschließen zu können, nachdem nun die Nogat auch in ihrem unteren Theile und gestern auch der letzte noch mit Eis belegte Stromarm, die Elbinger Weichsel, die Eisdecke gänzlich abgeschüttelt haben und wieder in reguläre Verhältnisse zurückgekehrt sind. Selbst das Hochwasser ist bereits auf einen so mäßigen Grad herabgesunken, daß seine Strömung der Schifffahrt keine ernstlichen Hindernisse mehr bereitet. Auf der Elbinger Weichsel traten, wie bereits berichtet ist, vorgestern zunächst größere Eisbewegungen ein, die wieder in's Stocken geriethen. In letzter Nacht ist jedoch die Eisdecke gänzlich in das Haff abgegangen und demnächst das Wasser so stark gefallen, daß der Spiegel des Stromes den Pegel bei Lakenwalde nicht mehr erreicht. Bei Plehnendorf betrug heute der Wasserstand 12 Fuß 6 Zoll am Oberpegel und 11 Fuß 7 Zoll am Unterpegel. Ueber das letzte Stadium des Eisganges auf der unteren Nogat berichtet die nachstehende Spezial-Correspondenz.

—tz. Zeyersvorderkampen, 31. März. Der Eisgang ist vorüber; nur kleine Eisstücke, welche sich von den Ufern gelöst haben, ziehen majestätisch den Strom entlang. In der Breitfahrt dagegen liegt die Stopfung noch fest. An einzelnen Stellen ist das Eis hoch auf den Damm geschoben. Es wird aber nicht lange währen, bis auch dieses dem Haff zueilt. Die Coupirung des Kabbelwassers ist liegen geblieben; die Beschädigungen an ihr sind nur unbedeutend. Das Wasser fällt bedeutend. Wasserstand Vormittags 10 Uhr: 8 Fuß 4 Zoll.

* Die königl. Eisenbahn-Direction zu Bromberg hat zum 26. April eine außerordentliche Conferenz der Ostbahn-Direction und ihrer Betriebsämter mit Delegirten der kaufmännischen und landwirthschaftlichen Corporationen ihres Bahnbereiches nach Bromberg einberufen, in welcher über die für das Gebiet der Ostbahn bestehenden Ausnahmetarife für Getreide 2c. und für Holz des Specialtarifes II. verhandelt werden soll.

* Nach dem neuen Sommerfahrplan (vom 15. Mai ab) werden die Züge von Danzig nach Dirschau abgehen: 4,3, 7,29, 11,2 Vormittags und 12,41, 4,37 und 7,47 Nachmittags; und von Dirschau in Danzig eintreffen: 6,17, 9,34 Vormittags und 1,18, 2,58, 6,49 und 10,4 Nachmittags resp. Abends. — Zwischen Danzig und Neufahrwasser werden folgende Züge cursiren: Abfahrt vom Hohenthor-Bahnhofe 5,45, 7,48, 11,0 Vormittags und 1,45, 3,23, 5,17, 8,28 und 10,29 Nachmittags resp. Abends; Abfahrt von Neufahrwasser 7,19, 9,41 und 11,49 Vormittags und 2 16, 3,54, 7,2, 9,7 und 11,32 Nachmittags resp. Abends. Für den Lokalverkehr zwischen Danzig und Zoppot ist der neue Sommerfahrplan — dessen Entwurf wir übrigens bereits nach der Eisenbahnconferenz vom Januar d. J. mitgetheilt haben, noch nicht erschienen.

* Die altconservative Partei in unserer Provinz rüstet nun auch bereits für die bevorstehenden Wahlen. Ihr provinzielles Central-Organ, der Vorstand des Wahlvereins der westpreußischen Conservativen hat vor einigen Tagen ein Circularschreiben erlassen, mit welchem, wie wir hören, namentlich Gutsbesitzer und — Landräthe bedacht worden sind. Dieser, von Hrn. v. Gordon-Laskowitz unterzeichnete, recht charakteristische Werbebrief beginnt mit den Worten:

„Der Auseinanderfall der nationalliberalen Partei hat in Westpreußen der radicalen Richtung (?) die Oberhand gegeben, welche nun unter bekannter Führung der längst angestrebten Vereinigung mit der äußersten politischen und wirthschaftlichen Linken zueilt. Dieser Vereinigung gegenüber und ihrer leidenschaftlichen Agitation gegen die durch Bismarck im Einverständniß mit der Krone vertretene Politik bedarf es der Ermunterung und des engen Zusammenschließens aller seiner Freunde und aller conservativen Elemente in der Provinz. Denn das Bedenken ist begründet, daß die „Vertretung der Handels- und Kapitalinteressen" gegenüber der Arbeit in Landwirthschaft und Industrie und Handwerk übermächtig wird, daß die Neubelebung des Culturkampfes den „Gegnern des kirchlichen Friedens" wieder gelingt, und daß die vom Reichskanzler begonnene Steuerreform nicht vollendet wird, wenn der Liberalismus die Oberhand gewinnt".

Weiter wird dann vor dem angeblichen Bestreben der Liberalen, „möglichst alle Bedürfnisse des Staats durch directe Steuern aufzubringen" und vor dem liberalen Ausbau der Verfassung, welcher dahin gehe, „sämmtliche Schranken wegzuräumen, so daß das Geld schließlich die einzige Großmacht im Vaterlande bilden wird", graulich zu machen gesucht. Herr v. Gordon will dem die „Treue gegen die berechtigten Autoritäten" entgegenhalten. Hoffentlich rechnet Hr. v. Gordon zu diesen „berechtigten Autoritäten" doch auch die Verfassung und die von derselben eingesetzten parlamentarischen Körperschaften. Hr. v. Gordon ruft deshalb alle „staatserhaltenden conservativen Männer" auf, sich zusammenzuschließen, und schließt selbst mit einem Appell an die „Großmacht Geld", zu deren leichterer Mobilmachung die üblichen Postanweisungsformulare gleich beigefügt werden. Leider fehlen uns ja — so klagt das Schreiben — die Freunde aus der „goldenen Internationale", welche, wie Herr v. Gordon gehört haben will, „einen befruchtenden Goldregen auf die Wahlfonds der liberalen Parteien niederträufeln ließen — wohl nicht zu ihrem Schaden." Ein Postscriptum nimmt sich übrigens noch der conservativen Vereinsorgane an und bittet, denselben Inserate zuzuwenden.

Wir haben selbstverständlich nichts dagegen, daß die conservative Partei ihre Kräfte sammelt und können es ihr nach ihren bisherigen Erfahrungen auch nicht verargen, daß sie dabei besonders lebhaft an das weiche Herz der Landräthe appellirt. Einen guten Wink giebt Hr. v. Gordon in seinem Rundschreiben aber auch den Liberalen. Das auch bei Hrn. v. Gordon „begründete Bedenken", daß die von dem Reichskanzler begonnene Steuer-Reform nicht vollendet wird, wenn der Liberalismus die Oberhand gewinnt, mögen die Liberalen in Westpreußen wie in den anderen Provinzen sich gesagt sein lassen. Diese Steuerreform, welche zunächst immer neue Steuern verlangt, mit der einen Hand 80—90 Millionen nimmt und dafür mit der andern Hand 14 Millionen giebt, hat in den neueren Reichstags-Verhandlungen wieder eine recht interessante Illustration erhalten. Ihre Vollendung zu hindern, ist in der That eine Aufgabe, des Schweißes der Edlen werth.

* Der erste Bassist unserer Oper, Herr C. Mühe hat dieser Tage ein äußerst erfolgreiches Gastspiel an dem Hoftheater zu Kassel absolvirt. Das Publikum hat die gesanglichen Leistungen des Künstlers mit lebhaftem Beifall aufgenommen und auch die Kritik spricht sich einstimmig über Herrn M. sehr günstig aus. So sagt z. B. der Referent der „Hessischen Morgenzeitung": „Herr Mühe verfügt über eine Stimme, welche in Bezug auf Umfang, Timbre, Tragfähigkeit, Volumen und Ausdauer ganz den Anforderungen entspricht, welche man an einen Basso profundo zu stellen berechtigt ist; ferner verbindet der Sänger mit der unbedingten Herrschaft über sein wuchtiges Organ einen fein nuancirten künstlerischen Vortrag und darstellerische Gewandtheit." Das Resultat des Gastspiels dürfte für den auch hier so allgemein beliebten Sänger allem Anscheine nach ein Engagement an der Kasseler Hofoper sein.

§ Dirschau, 31. März. Der in dieser Woche abgehaltene Jahrmarkt zeigt wiederum recht deutlich, wie wenig dergleichen Verkehrsinstitutionen bei uns ein wirkliches Bedürfniß sind. Verkäufer waren von weit und breit recht zahlreich erschienen; aber trotz des günstigen Wetters war der Jahrmarktsbesuch und der Umsatz so schlecht, daß schon vor Anbruch der Dunkelheit sämmtliche Verkaufsbuden fortgeschafft wurden. — Auf der Weichsel hat die Schifffahrt seit gestern begonnen. Die ersten Fahrzeuge kamen von Danzig und fuhren weiter stromaufwärts; heute gingen einige Kähne auch stromab. — Morgen beginnt die offizielle Eröffnung des Dampfbetriebes bei den Krähnen.

— Die hiesige Gewerbe-Bank setzte in der gestern stattgefundenen General-Versammlung die Dividende für das Jahr 1880 auf 6 pCt. fest (D. A.)

Lautenburg, 30. März. Der „Th. Ostdeutsch. Ztg." schreibt man von hier: Vorgestern ist der hiesige Stadtkämmerer und Steuereinnehmer v. G. mit Hinterlassung eines Kassendefects von ungefähr 12 000 ℳ verschwunden. In dem eisernen Geldspinde, welcher gewaltsam erbrochen werden mußte, fand man nur 4 ℳ und einen leeren Geldbeutel. In Dt. Eylau hat der Entflohene einen Brief an seinen Schwiegervater zur Post gegeben, in welchem er in lakonischer Kürze anzeigt, daß er auf Nimmerwiedersehen verreise und seine Familie den Schwiegereltern überlasse.

* Nach genauer Feststellung hat die ostpreußische Südbahn im Jahre 1880 eine Einnahme von 3 536 976 ℳ gehabt, 1 064 000 ℳ weniger als im Jahre 1879. In Folge dieser ungünstigen Einnahme-Ergebnisse kann bekanntlich nur eine Dividende von 2½ pCt. auf die Prioritäts-Obligationen vertheilt werden.

Schneidemühl, 31. März. Die heutige Schwurgerichtssitzung beschäftigte eine arge Brutalität. Der Ziegler H. Feck aus Sokolitz, allerdings zuerst selber verwundet, stürzte sich mit einem zweischneidigen Messer auf den Schiffsgehilfen August Schröder und durchbohrte das Stirnbein desselben der Art, daß das Messer noch 4 bis 5 Centimeter tief in die Gehirnmasse eindrang. Der sich in der Gehirnhöhle bildende Abceß führte in 5 Tagen den Tod des Verletzten herbei. Weil der Thäter zuerst selber verletzt worden war, verurtheilte der Gerichtshof ihn nur zu 3 Jahren Gefängniß.

Vermischtes.

* Die „Neue Börsenzeitung" verwahrt sich in einer besonderen Erklärung dagegen, antisemitischen Tendenzen zu huldigen und protestirt gleich dem „Fremdenblatt" gegen die ihr zu Theil gewordene Empfehlung durch antisemitische Eckensteher. — Uebrigens begnügt sich die Antisemitenliga nicht damit, ihre Organe auf der Straße zu empfehlen, sondern sie hat neuerdings folgendes Circular an die Inhaber von Restaurationen 2c. verbreitet: „Herrn . . . hier. Ich mache Sie darauf aufmerksam, bei bevorstehendem Quartalswechsel eine andere Wahl in dem Abonnement von Zeitungen zu treffen und der antisemitischen Strömung Rechnung zu tragen. Unter Ihren Gästen haben Sie nur wenig Juden, was in keinem Verhältniß mit Ihren vielen Judenblättern steht. C. W. A. L. H. K."

London, 30. März. Der Gedanke, einige der neuesten Opern Richard Wagners im Original in London zur Darstellung zu bringen, hat, Dank der Energie des Hrn. H. Francke, artistischen Directors der Richter-Concerte, nunmehr eine bestimmte Gestalt angenommen Die Vorstellungen werden im Mai und Juni nächsten Jahres im Drury Lane Theatre stattfinden, und sind folgende drei Opern zur Aufführung bestimmt worden: „Tristan und Isolde", „Die Meistersinger von Nürnberg", und Beethovens „Fidelio". Um in jeder Hinsicht gediegene Aufführungen zu sichern, werden die bedeutendsten Sänger und Sängerinnen der deutschen Opernbühnen engagirt werden, und Herr Hans Richter wird die musikalische Leitung übernehmen.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Petersburg, 1. April. Die Wahlen für den städtischen Beirath sind sämmtlich bis gestern Abend erfolgt. — Die „Agence Russe" erfährt, die Regierung werde die gleiche Einrichtung, wenn es nachgesucht werde, auch in anderen Städten treffen.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 1. April.

		Crs. v. 31.			Crs. v. 31
Weizen, gelb			Ung.6%Gold-rente	99,10	98,70
April-Mai	213,70	212,50	II.Orient-Anl	60,20	60,20
Juni-Juli	213,70	213,50	1877erRussen	95,60	95,50
Roggen			1880er „	75,40	75,00
April-Mai	203,75	203,70	Berg.-Märk. St.-Act.	113,00	112,80
Sept.-Okt.	170,50	—	Mlawka Bahn	90,50	—
Petroleum pr. 200 ℔			Lombarden	199,00	193,00
April	25,00	26,00	Franzosen	521,00	513,50
Rüböl			GalizierSt.-A	117,80	117,90
April-Mai	50,90	51,10	Rum.6%St.A.	97,60	97,20
Sept.-Oct.	53,80	54,20	Cred.-Actien	. . *)	544,00
Spiritus loco	53,40	53,40	Disc.-Comm.	178,50	177,00
April-Mai	54,60	54,60	Deutsche Bk.	150,70	150,30
4% Consols	101,50	101,70	Laurahütte-Actien	111,00	110,20
3½% Wstpr. Pfandbr.	91,50	91,50	Oestr. Noten	175,00	174,60
4% Westpr. Pfandbr.	100,20	100,00	Russ. Noten	210,10	209,75
			KurzWarsch.	209,50	209,30
4½% Wstpr. Pfandbr.	102,50	102,60	Kurz London	—	20,47
			Lang London	—	20,34⁵

*) 519 excl., 531,40 incl.

Fondsbörse: sehr günstig.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 1. April.

Weizen loco flau, per Tonne von 2000 ℔
feinglasig u. weiß 126—132℔ 225—240 ℳ Br.
hochbunt 125—131℔ 215—225 ℳ Br.
hellbunt 120—128℔ 195—220 ℳ Br.
bunt 120—126℔ 185—205 ℳ Br.
roth 120—128℔ 190—210 ℳ Br.
ordinair 104—129℔ 155—185 ℳ Br.
(hellbunt bis roth: 170-190 ℳ bez.)

Regulirungspreis 126℔ bunt lieferbar 201 ℳ.

Auf Lieferung 126℔ bunt per April-Mai 203 ℳ Br., 201 ℳ Gd., per Juni-Juli 203 ℳ Br., 201 ℳ Gd., per Juli-August 201 ℳ Br., 198 ℳ Gd., per Sept.-Oktober 197 ℳ Br., 195 ℳ Gd.

Roggen loco unverändert, per Tonne von 2000 ℔
grobkörnig per 120℔ 190 ℳ.

Regulirungspreis 120℔ lieferbar zollfrei 193 ℳ, transf. 186 ℳ.

Auf Lieferung per April-Mai unterpoln. 184 ℳ Br., 181 ℳ Gd., per April-Mai transf. 182 ℳ Br., 180 ℳ Gd., per Mai-Juni transf. 184 ℳ Br., per Juni-Juli inländ. 192 ℳ Br.

Rübsen loco per Tonne von 2000 ℔

Auf Lieferung per Sept.-Oct. transf. 234 ℳ Gd.

Spiritus loco per 10000 pCt. Liter 53,50 ℳ bez.

Wechsel- und Fondscourse. Amsterdam 8 Tage 168,75 gem. 4½ pCt. Preußische Consolidirte Staats-Anleihe 105,70 Gd. 4 pCt. do. do. do. — Br. 3½ pCt. Preuß. Staatsschuldscheine 97,70 Gd. 3½ pCt. Westpr. Pfandbriefe, ritterschaft. 91,20 Gd. 4 pCt. do. do. do. 99,75 Gd. 4½ pCt. do. do. — gem. 4½ pCt. do. do. Neu-Landschaft — Br. 5 pCt. Danziger Brauerei-Actien-Gesellschaft incl. Zinsen — gem. 5 pCt. Danziger Hypotheken-Pfandbriefe pari rückzahlbar — gem.

Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, 1. April 1881.

Getreide-Börse. Wetter: schön, aber kalt. — Wind: NO.

Weizen loco schwach zugeführt, hatte heute eine matte und flaue Stimmung und sind zu ungefähr gestrigen Preisen nur 170 Tonnen gehandelt darunter 50 Tonnen alter Weizen, wofür der Preis unbekannt geblieben ist. Bezahlt ist für hellfarbig 115℔ 170 ℳ, hellbunt 116, 116/7, 117/8, 119, 121, 125℔ 181, 184, 186, 188, 192 ℳ, hochbunt 123℔ 197, 203 ℳ, russischen hellfarbig 118℔ 190 ℳ per Tonne. Termine geschäftslos. Juni-Transit April-Mai 203 ℳ Br., 201 ℳ Gd., Juni-Juli 203 ℳ Br., 201 ℳ Gd., Juli-August 198 ℳ Gd., Sept.-Oktbr. 197 ℳ Br., 195 ℳ Gd. Regulirungspreis 201 ℳ.

Roggen loco bei kleiner Zufuhr und geringem Geschäft behauptet. Inländischer 117/8℔ brachte 182½ ℳ, 123℔ 190 ℳ per Tonne. Termine April-Mai unterpolnischer Transit 181 ℳ Gd., April-Mai Transit 182 ℳ Br., Mai-Juni Transit 184 ℳ Br., Juni-Juli inländischer 192 ℳ Br. Regulirungspreis 193 ℳ, Transit 186 ℳ. — Hafer loco inländischer besetzt zu 154 ℳ, russischer zu 144 ℳ per Tonne verzollt verkauft — Erbsen loco inländische Mittel- 151 ℳ per Tonne bez. — Winterrübsen Sept.-Oktober Transit 234 ℳ Gd. — Spiritus loco zu 53,50 ℳ verkauft.

Getreide-Bestände am 1. April 1831: Weizen 20 846 Tonnen, Roggen 890 Tonnen, Gerste 1244 Tonnen, Hafer 244 Tonnen, Erbsen 461 Tonnen, Raps und Rübsen 3934 Tonnen, Leinsaat 39 Tonnen, Mais 150 Tonnen, Dotter 2 Tonnen.

Schiffsnachrichten.

Lübeck, 29. März. Laut Telegramm ist der Dampfer „Afrika" mit durch Eis erhaltener Beschädigung in Malmoe eingetroffen.

Hammerhuus, 28. März. Drei Meilen westwärts von hier sitzen zwei Dampfer im Eise fest, vermuthlich „Leda" und „Dagmar"; ein dritter Dampfer ist in der Nähe von Christiansoe vom Eise besetzt. Westwärts schweres Eis.

Kopenhagen, 29. März. Das amerikanische Vollschiff „Milton", von Newyork nach hier, ist auf dem Lysegrund gestrandet.

Berliner Fondsbörse vom 31. März.

Die heutige Börse zeigte von Anfang an eine sehr günstige Tendenz; die Haussebewegung blieb eine entschiedene, prägnante und zwar zeigen die Course auf fast allen Verkehrsgebieten Besserungen; das Geschäft war lebhaft, in einzelnen Papieren sogar sehr animirt. Im Vordergrunde des Verkehrs standen heute wieder Oesterreichische Creditactien, die in Folge guter auswärtiger Meldungen und bedeutender auf Wiener Ordres zurückzuführende Käufe wieder um mehrere Mark stiegen. Ein reges Geschäft fand auch in Lombarden statt, welche ihrer guten Einnahmen wegen zu höheren Preisen gesucht waren. Ruhiger aber gleichfalls fest blieben Franzosen. Für fremde Rentenwerthe erhielt sich gute Meinung; namentlich für Ungarische Papierrente, welche abermals höher notirt wurden. Oesterreichische Eisenbahn-Actien waren im Ganzen stiller und wenig verändert. Rumänische Renten blieben beliebt und angeregt; Russische Anleihen dagegen wurden nur wenig beachtet; ebenso Oesterreichische und Ungarische Goldrenten, während Oesterreichische Papierrente gesucht und ziemlich belebt war. Inländische Bahnen blieben fest, Oberschlesische belebt und steigend. Bank-Actien waren recht fest. Montanwerthe waren auf bessere Glasgower Eisen-Notirungen recht fest, Laurahütte und Dortmunder höher und animirt. Gegen Baar gehandelte Eisenbahnen blieben gut behauptet. Der Privat-Discont wurde mit 2⅝ Proc. für feinste Briefe notirt. Deutsche und Preussische Staatsfonds wiesen bei recht fester Haltung ziemlich gute Umsätze auf; landschaftliche Pfand- und Renten-Briefe waren fest und ruhig, inländische Eisenbahn-Prioritäten recht fest und theilweise gefragt; 4½ und 4 Proc. der neuen Staatsbahnen belebt und fester.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anl.	4	101,30
Consolidirte Anleihe	4½	105,60
Preuss. Staats-Anleihe	4	100,50
Staats-Schuldscheine	3½	98,00
Ostpreuss. Prov.-Oblig.	4½	102,75
Westpreuss. Prov.-Obl.	4½	—
Landsch. Centr.-Pfdbr	4	100,25
Ostpreuss. Pfandbriefe	3½	91,50
do. do.	4	99,70
do. do.	4½	—
Pommersche Pfandbr.	3½	91,60
do. do.	4	101,00
do. do.	4½	102,00
Posensche neue do.	4	99,90
Westpreuss. Pfandbr.	3½	91,50
do. do.	4	100,00
do. do.	4	100,00
do. II. Ser.	4½	102,50
do. do. II.	4	99,90
do. do. II. Ser.	4½	102,60
Pomm. Rentenbriefe	4	100,40
Posensche do.	4	100,25
Preussische do.	4	100,25

Thüringer	171,00
Tilsit-Insterburg	90,50
do. St.-Pr.	—
Weimar-Gera gar.	50,10
do. St.-Pr.	35,75

(† Zinsen v. Staate gar.) Div. 1880

Galizier	117,90
Gotthardbahn	63,50
†Kronpr.-Rud.-Bahn	70,80
Lüttich-Limburg	16,25
Oester.-Franz. St.	514,00
† do. Nordwestbahn	348,90
do. Lit. B.	499,50
†Reichenb.-Pardb.	62,50
Rumänier	66,20
do. St.-Pr.	—
†Russ. Staatsbahnen	133,75
Schweiz. Unionb.	46,50
do. Westb.	37,20
Südösterr. Lombard.	—
Warschau-Wien	289,50

Ausländische Fonds.

Oesterr. Goldrente	4	81,50
Oesterr. Pap.-Rente	4½	66,20
do. Silber-Rente	4½	67,00
Ungar. Eisenbahn-Anl.	5	94,75
do. Goldrente	6	98,90
Russ.-Engl. Anl. 1822	5	91,05
do. do. Anl. 1859	3	-
do. do. Anl. 1862	5	91,40
do. do. von 1870	5	92,10
do. do. von 1871	5	92,45
do. do. von 1872	5	92,55
do. do. von 1873	5	92,50
do. Cons. Obl. 1875	4½	83,70
do. 5% do. 1877	5	95,80
Russ. II. Orient-Anl.	5	60,10
do. III. Orient-Anl.	5	59,90
Russ. Stiegl. 5. Anl.	5	—
do. Stiegl. 6. Anl.	5	86,80
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	84,40
Pol. Liquidat.-Pfd.	4	55,70
Amerik. 6% pr. 1881	6	102,25
do. do. Anleihe	5	100,40
Newyork. Stadt-Anl.	7	122,40
do. Gold-Anl	6	125,80
Italienische Rente	5	91,00
do. Tabaks-Obl	6	101,75
Rumänische Anleihe	8	110,00
do.	6	97,50
Türk. Anleihe v. 1865		14,60

Ausländische Prioritäts-Obligationen.

Gotthard-Bahn	5	97,25
†Kaschau-Oderberg	5	83,00
†Kronpr. Rud.-Bahn	5	85,60
†Oesterr.-Fr.-Staatsb.	3	379,90
†Oesterr. Nordwestb.	5	89,20
do. do. Elbethal	5	88,10
Rum. Schuldversch.	6	101,30
†Südösterr. B. Lomb.	3	282,25
†Südösterr. 5% Obl.	5	98,90
†Ungar. Nordostbahn	5	76,10
†Ungar. Ostbahn	5	93,75
Brest-Grajewo	5	90,50
†Charkow-Asow rtl.	5	96,25
†Kursk-Charkow	5	95,75
†Kursk-Kiew	5	99,75
†Mosko-Rjäsan	5	102,60
†Mosko-Smolensk	5	97,50
Rybinsk Bologoye	5	83,75
†Rjäsan-Koslow	5	101,60
†Warschau-Teresp.	5	97,25

Hypotheken-Pfandbriefe.

Pomm. Hyp.-Pfandbr.	5	107,00
II. u. IV. Em.	5	103,00
III., V., VI. Em.	5	100,50
II. Em.	4½	99,30
Pr. Bod.-Cred.-A.-Bk.	5	110,25
Pr. Ctr.-B.-Cred. (kdb.)	4	100,50
do. unk. v. 1871	5	112,25
do. do. v. 1876	5	106,10
Pr. Hyp.-Actien-Bk.	4½	105,00
do. do.	4½	100,75
do. do.	5	107,00
Stett. Nat.-Hypoth.	5	101,40
do. do.	4½	100,90
Poln. landschaftl.	5	64,60
Russ. Bod.-Cred.-Pfd.	5	84,70
Russ. Central- do.	5	79,50

Bank- und Industrie-Actien.

		Div. 1880
Berliner Cassen-Ver.	172,00	9⁹/₁₆
Berliner Handelsges.	100,90	5½
Berl. Prod.-u. Hand.-B.	78,75	4½
Bremer Bank	106,30	4⁹/₁₁
Bresl. Discontobank.	95,25	6
Centralbank f. Bauten	13,50	
Danziger Privatbank	109,10	5½
Darmst. Bank	146,70	
Deutsche Genoss.-B.	118,90	7¾
Deutsche Bank	150,30	
Deutsch. Eff. u. W.	130,90	12
Deutsche Reichs-Bk.	145,90	6
Deutsche Hypoth.-B.	90,00	5½
Discont-Command.	177,00	10
GothaerGrunder.-Bk.	92,90	
Hamb. Commerz.-Bk.	129,00	7
Hannöversche Bank	105,25	5½
Königsb. Ver.-Bank	97,00	4
Lübecker Comm.-Bk.	103,00	6
Magdeb. Priv.-Bk.	114,75	5⅘
Meininger Creditbank	97,75	5
Norddeutsche Bank	164,00	10
Oesterr. Credit-Anst.	—	11¼
Pomm. Hyp.-Act.-Bk.	60,00	
Posener Prov.-Bk.	117,00	7½
Preuss. Boden-Credit	98,25	6½
Pr. Centr.-Bod.-Cred.	125,10	6½
Schaffhaus. Bankver.	86,00	
Schles. Bankverein	106,00	6
Südd. Bod.-Cred.-Bk.	132,75	8
Actien der Colonia	6900	
Leipz. Feuer-Vers.	10 850	
Bauverein Passage	30,00	
Deutsche Bauges.	64,75	
do. Eisenb.-B.-Ges.	6,90	
do. Reichs-Cont.	—	
A. B. Omnibusges.	82,00	4
Gr. Berl. Pferdebahn	185,25	
Berl. Pappen-Fabrik	68,00	
Wöhlert, Maschinenf.	65,50	
Wilhelmshütte	—	
Oberschl. Eisenb.-B.	41,50	

Lotterie-Anleihen.

Bad. Präm.-Anl. 1867	4	135,50
Bayer. Präm.-Anleihe	4	135,00
Braunschw. Pr.-Anl.	—	98,20
Goth. Prämien-Pfdbr.	5	122,25
Hamburg. 50rtl. Loose	3	189,00
Köln-Mind. Pr.-S.	3½	13[illegible],00
Lübecker Präm.-Anl.	3½	187,25
Oestr. Loose 1854	4	112,50
do. Cred.-L. v. 1858	—	348,75
do. Loose v. 1860	5	124,40
do. Loose v. 1864	—	315,50
Oldenburger Loose	3	151,70
Pr. Präm.-Anl. 1855	3½	153,00
RaabGraz. 100T.-Loose	4	93,75
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	145,75
do. do. von 1866	5	143,00
Ungar. Loose	—	225,50

Berg- u. Hütten-Gesellsch.

		Div. 1880
Dortm. Union Bgb.	12,30	—
Königs- u. Laurahütte	110,25	-
Stollberg, Zink	28,25	—
do. St.-Pr.	88,00	—
Victoria-Hütte	11,75	—

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien

		Div. 1880
Aachen-Mastricht	34,90	
Bergisch-Märkische	112,80	
Berlin-Anhalt	121,25	
Berlin-Dresden	16,10	
Berlin-Görlitz	23,50	
do. St.-Pr.	83,10	
Berlin-Hamburg	232,80	
Berlin-Potsd.-Magdeb.	—	4
Berlin-Stettin	117,50	4¾
Breslau-Schw.-Fbg.	102,30	
Köln-Minden	150,70	6
Halle-Soran-Guben	23,60	
do. St.-Pr.	28,00	
Märkisch-Posen	27,5	
do. St.-Pr.	102,00	
Magdeburg-Halberst.	150,90	6
- B.	89,25	3½
- C.	125,20	5
Mainz-Ludwigshafen	91,50	
Marienbg-Mlawka St-P	90,50	
Nordhausen-Erfurt.	28,00	
do. St.-Pr.	91,00	
Oberschles. A. und C.	198,10	
„ Lit. B.	160,00	
Ostpreuss. Südbahn	37,40	
do. St.-Pr.	79,50	
Rechte Oderuferbahn	146,30	
do. St.-Pr.	144,25	
Rheinische	162,75	6½
Rhein-Nahe	12,2[illegible]	
Saal-Bahn	63,00	
Stargard-Posen	103,10	

Wechsel-Cours v. 31. März.

Amsterdam	8 Tg.	3	168,75
do.	2 Mon.	3	168,00
London	8 Tg.	3	20,47
do.	3 Mon.	3	20,345
Paris	8 Tg.	3½	80,75
Brüssel	8 Tg.	3½	80,70
do.	2 Mon.	3½	80,40
Wien	8 Tg.	4	174,55
do.	2 Mon.	4	173,75
Petersburg	3 Wch.	6	208,75
do.	3 Mon.	6	207,50
Warschau	8 Tg.	6	209,30

Sorten.

Dukaten	9,60
Sovereigns	—
20-Francs-St.	16,22
Imperials per 500 Gr.	1397
Dollar	—
Fremde Banknoten	—
Franz. Banknoten	80,90
Oesterreichische Bankn.	174,60
do. Silbergulden	—
Russische Banknoten	209,75

Wetterbericht für die Ostseehäfen

vom 1. April, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barometer mm. auf 0° u. Meeresspiegel reducirt.	Wind. Richtung.	Wind. Stärke nach Beauforts Scala.	Wetter.	Temperatur Cels.	Seegang
Memel	763,1	NO	1	wolkenl.	—4	4
Neufahrwasser	765,0	NNW	2	heiter	1	—
Swinemünde	764,9	Windst.	0	heiter	2	0
Kiel	764,6	NW	1	wolkenl.	0	—
Skagen	762,9	WNW	2	wolkenl.	—3	2
Kopenhagen	763,8	NW	2	wolkenl.	0	
Bornholm Hammer	763,8	Windst.	0	wolkenl.	1	
Stockholm	761,9	SW	2	wolkenl.	—7	—
Riga	762,5	Windst.	0	wolkenl.	—4	—

Der Barometer ist im Nordosten gestiegen, im Südwesten gefallen; sonst meist wenig verändert. Maximum auf der Nordsee und in Nordost Centraleuropa. Bei Scilly stürmischer, auf dem Kanal starker, auf der südlichen Nordsee schwacher Ost, auf der Ostsee leichte umlaufende Winde. Wetter trocken, etwas wärmer.

Meteorologische Beobachtungen.

März.	Stunde.	Barometer-Stand in Millimetern.	Thermometer Celsius.	Wind und Wetter.
31	4	760,1	6,5	W., stürm., hell u. wolkig.
1	8	763,1	1,2	N., mässig, wolkig.
	12	763,6	2,8	Nördl., flau, bewölkt.

Verantwortliche Redaction der Zeitung, mit Ausschluß der folgenden besonders bezeichneten Theile: H. Röckner, für den lokalen und provinziellen Theil, die Handels- und Schifffahrtsnachrichten: A. Klein, für den Inseratentheil: A. W. Kafemann, alle in Danzig.

Als Verlobte empfehlen sich:
Dr. Marie Klass,
Wittwe.
Leopold Nau,
Pelplin, Gr. Gartz,
den 31. März 1881.

Verlobungs-Anzeige.

Die am 27. März vollzogene Verlobung unserer Tochter **Hedwig** mit Herrn **Robert Schulz** beehren wir uns ganz ergebenst anzuzeigen.
Stadtgebiet, den 2. April 1881.
Robert Ammer nebst Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:
Hedwig Ammer
Robert Schulz.
Stadtgebiet, den 2. April 1881.

Die Beerdigung des Premier-Lieutenants Herrn
Carl Claaszen
findet **Sonnabend, 2. April,** Nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Salvator-kirchhofes aus statt.

Danziger Sparkassen-Actien-Verein.

Status am 31. März 1881.

Activa:

Lombard Bestände . . .	M.	2 470 320
Wechsel-Bestände . . .	„	2 341 802,97
Effecten-Bestände . . .	„	3 451 770,20
Städtisches Leihamt in conto corrente . . .	„	198 500
Hilfs-Kasse in conto corrente	„	6 600
Grundstück und Inventarium	„	30 667,05
Cassenbestand	„	929 643,67

Passiva:

Actien-Capital	M.	9 000
Depositen-Capital . . .	„	7 969 471,90
Reservefonds	„	1 375 000
Conto current Conto	„	39 118,95

Die Direction.
A. Olschewski. Ph. Albrecht.

Ich wohne jetzt Vorstädtischen Graben No. 45.
H. Hertell.

Vom 1. April cr. verlege ich meine Wohnung vom 4. Damm No. 1 nach dem
Altst. Graben 33.
H. Jacobsohn,
Producten-Geschäft.

Comtoir und Wohnung jetzt Langgasse 20 III.
Petzke & Co.,
Otto Schwinge.

Vorbereitung
für die
mittleren Klassen höherer Lehranstalten u. die Handels-Akademie.
Dem soeben beginnenden Lehr-Cursus kann nur noch eine beschränkte Anzahl von Schülern beitreten.
Schochow, Privatlehrer.
Große Mühlengasse 8, II.

Fröbel'scher Kindergarten Rähm No. 4.
Am 1. April beginnt ein neuer Cursus zur Ausbildung für Kindergärtnerinnen. Stellung erfolgt durch mich nach vollendeter Ausbildung. (3209)
A. Wende.

Für Herren, Damen und Kinder.
Hemden, Untergarderobe, Strümpfe, Handschuhe, Regenschirme, Sonnen-Schirme,
neue, elegante Muster,
Kragen, Manschetten, Rüschen, Schleifen, Tücher, Kamm- u. Bürstenwaaren,
sowie
elegante Hosenträger
für Herren und Knaben,
empfiehlt billigst
Louis Willdorff,
Ziegengasse 5.

Harmonische Altarglocken,
in Dur und Moll sauber abgestimmt, mit eleganter Einfassung. Etwas wirklich Schönes! Ein Paar mit acht Glocken für 27 M., ein Paar mit sechs Glocken für 22 M. liefert und versendet zur gefälligen Ansicht. [3302
J. Witt, Orgelbauer,
Danzig, Altstädtischen Graben 12.

Marienburger Pferde-Lotterie. Ziehung 29. April. Loose a M. 3.
Königsberger Pferde-Lotterie. Ziehung 4. Mai cr. Loose a M. 3.
Inowrazlawer Pferde-Lotterie. Ziehung 27. April cr. Loose a M. 3.
Stettiner Pferde-Lotterie. Ziehung 24. Mai cr. Loose à M. 3.
Mecklenburger Pferde-Lotterie. Ziehung am 25. Mai cr. Loose à M. 3.
Casseler Pferde-Lotterie. Ziehung 1. Juni cr. Loose a M. 3, bei
Th. Bertling, Gerbergasse 2.
Vorrath an Königsberger Loosen nur noch gering.

Auction zu Kriefkohl.

Montag, den 4. April 1881, Vormittags 10 Uhr,
werde ich zu Kriefkohl, bei dem Hofbesitzer Herrn Lebrecht Heering, wegen Veränderung der Wirthschaft, an den Meistbietenden verkaufen:

9 starke sehr gute Pferde, darunter ein hochelegantes Reit- und Wagenpferd und 3 hochtragende Stuten, 2 drei-, 3 zwei- und 3 einjährige Jährlinge (Percheron-Halbblut), 5 gute Werderkühe, theils frischm., theils hochtrag., 10 Stiere, 4 einjähr. Stärken, 4 einjähr. Bullen, 10 Schafe mit Lämmern, 1 Zuchtbock (10 Monate alt, engl. Halbblut), 4 Schweine, darunter 1 fettes und ein Zuchteber (10 Monate alt, Yorkshire-Race), 1 gut erhaltenen Jagd- und 1 dreisitzigen Spazierwagen, 1 Kastenwagen mit 2 Sitzen und Tambour, 1 kleinen Feldwagen, 1 Paar Kummet- und 1 Paar Spaziergeschirre mit Zubehör, 3 Gespann led. Arbeitsgeschirre, 1 fast neue Dresch- und Häckselmaschine mit Roßwerk, 1 neuen zweischaarigen Pflug (auch einschaarig zu benutzen) nebst 3 Schaaren, 1 fast neuen zweischaarigen Pflug, 1 sächsischen Rübenhäufler, 1 Krimmer, 2 hölzerne Hungerharken, 1 neuen gr. Rapscylinder, 2 neue Käsetische zur Fabrikation von Limburger und 1 gr. Quantum Maschinenstroh in Haufen 2c. (2581

Das lebende wie todte Inventar ist in einem guten Zustande. Fremde Gegenstände dürfen **nicht** eingebracht werden. Den Zahlungs-Termin werde ich den mir bekannten Käufern bei der Auction anzeigen. Unbekannte zahlen sofort.
Am Auctionstage werden Morgens 8 und 9 Uhr Wagen auf dem Bahnhofe Hohenstein zum Abholen der Herren Käufer bereit stehen. (2581

Janzen, Auctionator,
Breitgasse No. 4.

Wirklich reeller Ausverkauf.
Wegen vollständiger Geschäftsaufgabe
verkaufe zu und unterm Kostenpreise mein Lager von **langen und kurzen Tabaks-Pfeifen** jeder Art, Shagpfeifen, Cigarrenspitzen in Bernstein, Meerschaum und Weichselrohr, Tabaks-Dosen, Feuerzeuge, Spazierstöcke, Portemonnaies und Cigarren-Taschen in Elfenbein, Schildpatt, Perlmutter und Leder, Kragen- und Manschettenknöpfe, alle Sorten Kämme und Bürsten, darunter die beliebten Stahlkopfbürsten, Obstmesser und Messerständer, Hornlöffel und Salatscheeren, Schach- und Dominospiele, Schachbretter, Kartenpressen, Whistmarken und Teller,
Elfenbeinfächer, Schmucksachen in Elfenbein, Jett und Bernstein,
Billard-Bälle, Kegelkugeln, Kegel, Queue-Leder 2c.
Das Lager ist vollständig und nur mit den neusten und besten Sachen sortirt und ist unter annehmbaren Bedingungen auch sofort im Ganzen zu verkaufen. (8841
G. Gepp sen., Kunstdrechsler, Jopeng. 43.

Stadtmuseum.
Von Sonntag, den 3. April ab jeden Sonntag und Mittwoch,
von 11 Uhr Vormittag bis 2 Uhr Nachmittag wird das Stadtmuseum incl. **Mittwoch** von 11 bis 1 Uhr die **Kupferstich-Sammlung** der **Kabrun**'schen Galerie gratis wiederum geöffnet sein.
Das Curatorium des Stadtmuseums.

Altes Grätzer Bier	**25**	**Flaschen**	**3**	**Mk.,**
Erlanger Exportbier	**15**	**do.**	**3**	=
Böhmisches Tafelbier	**20**	**do.**	**3**	=

empfiehlt **Robert Krüger,** Hundegasse 34.

Loose
zur Lotterie beweglicher Gegenstände in Tilsit, 20 April 1881, a 2 Mk.
zur Marienburger Pferde-Verloosung, 29. April, a 3 Mk.
zur Inowrazlawer Pferde-Verloosung, 27. April, a 3 Mk.
zur Königsberger Pferde-Verloosung, 4. Mai, a 3 Mk.
zur Mecklenburger Pferde-Verloosung, 25. Mai, a 3 Mk.
zur Lotterie von Baden-Baden, 1. Ziehung am 4. Juni, a 2 Mk.,
Vollloose für alle V Kl. 10 Mk. **in der Expedition der Danziger Zeitung.**

Fr. Carl Schmidt,
Magazin für Bett-Einrichtungen
empfiehlt
fertige Einschüttungen und Bettwäsche,
Böhmische Bettfedern und Daunen,
Matratzen etc.

Wildprethandlung: Fasanen, Poularden, Birk- und Schneehühner, März- u. Krickenten, fett. Puten, Capaunen, Hühner 2c. Röperg. 13. Versandt n. a. pr.

Zur Saat
offerire Kleesamen in allen Farben, franz. Luzerne, engl. franz. und ital. Rye-Gras, Schafschwingel und diverse andere Gräser, Mais etc.
Danzig, März 1881.
W. Wirthschaft.

1000 Ctr. gute Speisekartoffeln
werden zu kaufen gesucht.
Offerten unter W. K. 50 postlagernd Angerburg erbeten. [3263

Gebrauchte Pianinos
preiswerth zu verkaufen, auch gegen Abzahlungen **3. Damm 3,** part.

Empfehle mein großes Lager aller Sorten (2500
Berliner Billards,
sowie **Bierapparate neuester Construction** zu sehr soliden Preisen, auch auf Abzahlung.
Carl Volkmann,
Heiligegeistgasse 104.

4000 M. auf ein städt. Grundstück, erste Stelle, feinste Lage, gesucht. Adressen unter No. 3318 in der Exped. dieser Zeitung erbeten.

Dom. Mariensee Westpr. (Poststat.) verkauft **10 schwere, gängige**
Arbeitsochsen,
6—8 Jahre alt. [3252

Weyher Musiklehrer,
wohnt jetzt Jopengasse 26.

Gold und Silber
kauft **G. Seeger,** Juwelier, Goldschmiedegasse 22.

Pensionat.
Junge Mädchen, welche die hiesigen höh. Lehranstalten besuchen wollen, finden nach Ostern freundl. Aufnahme in meinem Pensionat. Auf Wunsch eigenes Zimmer.
M. Drewke, gb. Böszörmeny.
Gerbergasse 2, II.

Eine gute Pension für Knaben oder Mädchen, billigst berechnet, Sandgrube 27, nahe dem Heumarkt. [3298

Tüchtige Arbeitskräfte für **Damen-Mäntel-Confection** finden in meiner Arbeitsstube reichlich Beschäftigung. [3317
Otto Rochel.

Zur Erlernung der Landwirthschaft findet ein
junger Mann
sofort Stellung gegen Pension auf Dominium Schluschow per Riebenkrug in Pommern. [3253

Ein
Lehrling
gesucht für ein Holzexport-Geschäft, gute Handschrift, Qualification zum Einjährig-Freiwilligen.
Selbstgeschriebene Adressen unter 3314 i. d. Exped. d. Ztg. erbeten.
Eintritt sofort.

Erfahrene Landwirthinnen in feiner Küche u. Bäckerei selbstständig, sowie auch jüngere kräftigere Wirthinnen empfiehlt **A. Rose,** Ww., Beutlerg. 1.

Pianinos
zu vermiethen 3. Damm 3, parterre.

Hotel du Nord.
Sonntag, den 3. April, Abends 7 Uhr:
Zweite Mimisch-physiognomische
Soirée von Ernst Schulz.
Mit theils neuem Programm.
Billets zu numerirten Plätzen à 2 M. u. 1 M. 50 ₰, zu nicht numerirten a 1 M., (für Schüler und Schülerinnen a 50 ₰) sind vorher in der Buch- und Musikalien-Handlung von **F. A. Weber,** Langgasse und Abends an der Kasse zu haben. Einlaß 6½ Uhr. [3141

Geschäfts-Eröffnung.
Hiermit beehre ich mich ganz ergebenst anzuzeigen, daß ich mich
Altstädt. Graben No. 12
als **Orgelbauer** etablirt habe. Gleichzeitig empfehle ich den Herren Pfarrern und Kirchenvorständen einige fertig gestellte kleinere Orgeln zur gefälligen Beachtung. (3301
J. Witt, Orgel- u. Harmoniumbauer,
Altstädt. Graben No. 12.
Neubauten und Reparaturen werden auf's schnellste und billigste ausgeführt. (3301

Hierdurch mache die ergebene Anzeige, daß ich die bis jetzt von Herrn **F. W. Manteuffel** vormals **Robert Hoppe,** Breitgasse 17 geführte
Colonial- u. Delicateß-Waaren-Handlung
mit dem heutigen Tage käuflich übernommen und unter der Firma
A. W. Prahl
fortführen werde.
Indem ich bitte mein Unternehmen gütigst zu unterstützen, verspreche bei prompter Bedienung die billigsten Preise zu notiren.
Hochachtungsvoll
Aug. Wilh. Prahl,
Breitgasse No. 17, Ecke der Faulengasse.

Mein Tuch- und Herren-Confections-Geschäft
befindet sich vom 2. April cr. ab
Langgasse 17, I. Etage,
im Hause des Herrn Louis Loewensohn Nachfl.
Louis Paradies.

Bürstenwaaren
(3008
aller Art für den Hausbedarf:
Haarbesen, Schrubber, Naßbohner, Handfeger, Fensterbürsten, Wichsbürsten 2c. Fensterleder, Fensterschwämme, Wasch- und Badeschwämme, Rohr- und Cocosmatten, Parquet-Bohnerbürsten mit und ohne Eisendecke 2c.
empfiehlt zum bevorstehenden Quartalswechsel bei billigster fester Preisnotirung in anerkannt nur guter Qualität
F. Reutener, Bürsten-Fabrikant,
Heiligegeistgasse No. 68.
Niederlage: Lange Brücke No. 5, nahe dem grünen Thor.



Sämmtliche Neuheiten
der Frühjahrs-Saison
in
Herren- und Knaben-Hüten
empfiehlt bei größter Auswahl zu soliden festen Preisen die Hutfabrik von
Louis Ehrlich, Hundegasse 44.



Holz-Jalousie-Fabrik
von
C. Steudel, Danzig,
Fleischergasse 72.
Anfertigung von **Holz-Jalousien** (Wetter-Rouleaux genannt), für nach außen wie innen aufgehend. Fenster, mit geprägten Zink-Lamberquins, Seitenführungen, inn. Handhabung. Stellung nach Art der Marquisen, in jeder Farbe u. in den verschiedenst. Mustern.

Unterzeichnetes Magazin empfiehlt zu billigen, festen Preisen alle zu
Haus- und Küchen-Einrichtungen
nöthigen Gegenstände in großer Auswahl. (3219
C. Gustav Rautenberg,
Magazin für Haus- und Kücheneinrichtungen, Glas-, Porzellan- und Steingut-Lager,
Langenmarkt 37.

Grosse Auction
im deutschen Gesellschaftshause, Heiligegeistgasse No. 107.
Dienstag, den 5. April cr. und am folgenden Tage, von Vormittags 10 Uhr ab, werde ich im Auftrage des Herrn Emil Schmidt wegen Domizilveränderung die ganze Wirthschafts-Einrichtung aus 4 Etagen, bestehend in:

mahagoni Sophas mit Plüsch-, Leder- u. Damastbezügen, 1 Polisander-Flügel, 7 Oct., **1 mahagoni Instrument (Tafelformat), ein Billard mit Marmorplatte und Zubehör, ein ganz neues französisches Tivoli-Billard, mit 11 Bällen darauf zu spielen,** 50 mahagoni und 70 eschene Rohrstühle, 24 Wienerstühle, 4 Hochrahmspiegel in Bronce-Rahmen mit Marmorconsolen, Spiegel in Bronce- und Mahagoni-Rahmen, 4 Sophaspiegel, 8 massiv mahagoni und 10 massiv eschene Tische, 26 lackirte Tische, mahagoni Sophatische, mahagoni und birkene Komoden, 2 Glasschränke, 1 Serviettenpresse mit Spind, diverse Kleiderschränke, **1 Schreibsekretär, 1 mah. Buffet mit Tombank, sehr schön gearbeitet,** 2 eschene Buffets mit Tombank, 1 großer runder Familientisch (mahagoni), 4 Kronleuchter zu Gas- und Petroleumeinrichtung, **1 Bierapparat mit 2 Leitungen,** Kleiderständer und Wandkleiderhalter, **1 Telegraph mit Sprachrohr, ein großes Oelgemälde (Gambrinus),** div. Bilder, Lamberquins mit und ohne Gardinen, Tisch-, Wand- und Hängelampen. Eine Partie Marmorsachen, bestehend in: Tafelaufsätzen, Urnen, Blumen-Vasen, Fruchtschaalen und Aschschaalen, Gypsfiguren, Schirmhalter; ferner **1 Nähmaschine,** Küchenschränke, Regale und die Keller- und Boden-Verschläge 2c. (3328

öffentlich meistbietend versteigern. Die Besichtigung ist Montag, den 4. April, von 2 bis 6 Uhr gestattet.
H. Zenke,
vereidigter Gerichts-Taxator und Auctionatar,
Am Spendhaus 3.

Eine älterhafte Persönlichkeit, die sich 30 Jahre in einer feinen Familie nützlich gemacht, empfiehlt zur Ueberwachung der Kinderstube, sowie zur Pflege bei Kranken (3304)
A. Rose, Beutlergasse 1.

Möblirte Wohnung,
bestehend aus Zimmer mit Cabinet und Dienergelaß ist von sofort **Langgasse No. 42** zu vermiethen. (3074

Langgasse 41
ist die III. Etage, von 5 Zimmern, Küche, Mädchenstube und Zubehör sofort zu vermiethen. [7386

Langgasse 41
ist die Saal-Etage, 5 Zimmer, Entree, Mädchenstube, Küche und Zubehör, sofort zu vermiethen.

---

59 Langgasse 59, Saal-Etage,
ist die bisher 20 Jahre von Herrn Münsterberg innegehabte Wohnung zum October cr. zu vermiethen. Besichtigung 11 bis 1 Uhr. (3076
Otto Kraftmeier.

Heiligegeistgasse 34
ist die Saaletage, bestehend aus 7 Stuben, Küche, Keller, Boden zum 1. October d. J. zu vermiethen. Zu erfragen in der Hange-Etage und zu besehen von 12—2 Uhr. (3139

Poggenpfuhl 45
ist die Saal-Etage, aus 7 Zimmern nebst Stall und allem Zubehör bestehend, sofort zu vermiethen. Näheres daselbst parterre, im Gartenhause.

Ein Saal mit großem Nebenzimmer, hochfein **möblirt und decorirt,** sind sofort zu vermiethen Matzkauschegasse No. 10 II.

Die Saal-Etage
im Hause Langgasse 17 ist zum 1. Oct. zu vermiethen. [3227
Näheres im Laden. Zu besichtigen von 10½—12¼ Uhr.

Echt Nürnberger Lagerbier
von **J. G. Reiff (G. N. Kurz'sche** Brauerei in Nürnberg) verzapfe **täglich frisch vom Faß.**
Original-Gebinde versende nach außerhalb per Cassa.
Ergebenst
Julius Frank,
Brodbänkengasse 44.

Spliedt's Etablissement Jäschkenthal.
Sonntag, den 3. April 1881,
Grosses Concert
von der Kapelle des 3. Ostpr. Grenad.-Regt. No. 4 unter Leitung des Musikmeisters Hr. **Hoepner.** Anfang 4 Uhr.
Entree 30 ₰, Loge 50 ₰.
Borchert.

Dem hochgeehrten Publikum erlaube ich mir höflichst anzuzeigen, daß ich vor meinem Ausscheiden aus dem Militär ein
letztes Concert
Freitag, den 8. April
im **Saale des Schützenhauses** zu geben beabsichtige. Indem ich um recht rege Betheiligung an demselben ergebenst bitte, spreche ich für das Vertrauen, das mir so vielfach zu Theil geworden ist, meinen verbindlichsten Dank hiermit aus.
H. Buchholz.

Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus.
Sonntag, den 3. April cr.
Grosses Concert.
Neu! **Der Jahrmarkt in Krähwinkel.**
Humoreske von Schreiner.
3329) **C. Theil.**

Apollo-Saal.
Freitag, den 8. April cr.,
Abends 7½ Uhr,
Concert
des
Jean Becker-Quartett.
Piano: Fräul. **Jeanne Becker.**
Violine: Herr **Jean Becker.**
Bratsche: = **Hugo Becker.**
Cello: = **Hans Becker.**
Billets à 3 M., Stehplätze à 2 M., Schüler Billets à 1 M. sind bei **Constantin Ziemssen,** Musikalien- und Pianoforte-Handlung, zu haben.

Stadt-Theater.
Sonnabend, den 2. April. Bei aufgehobenem Abonnement. Zu halben Preisen. **Preciosa.** Romantisches Schauspiel mit Gesang und Tanz in 4 Acten von P. A. Wolf und C. M. v. Weber.

Wilhelm-Theater.
Sonnabend, den 2. April 1881.
Die Teufelsfelsen.
Schwank in 4 Acten von O. Blumenthal.
Wegen nahe bevorstehendem Schluß der Saison, findet nur noch eine Aufführung des beliebten Lustspiels: „Der Compagnon" statt und zwar zum Benefiz für Herrn Director F. Wehn.

Heute Vormittag sind auf dem Wege vom Holzmarkt nach Pfefferstadt
3 Hundertmarkscheine
verloren worden. Gegen Belohnung abzugeben bei Herrn **J. G. v. Steen,** Holmarkt 27. [3297

Druck u. Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.